INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 2,50 DM

2 DM

Wir verlieren nicht in unseren Niederlagen
sondern in den Kämpfen die wir nicht führen

MAINZER Lebt



Nr.124

22. November 1990

Hallo,

die Bürgerkriegsarmee, die uns aus den Häusern in der Mainzer geprügelt hat, kann einmal erlebte Stärke nicht zunichte machen. Der Schock ist den Herrschenden anzumerken gewesen. Ein "No Go Area" mitten im Herzen ihres Schweinesystems, wo Menschen einen Hauch davon spürten, was Befreiung sein kann, wo ihre ganze Maschinerie für fast zwei Tage keine Macht über uns hatte, nicht durchkam, war für sie nicht hinnehmbar. Nicht in der jetzigen Situation nach DDR-Anschluß, kurz vor den Wahlen, wo sie Friedhofsruhe brauchen, damit Berlin vielleicht doch Regierungssitz wird. So war für sie nur die militärische Option möglich. Denn das Gefühl der Befreiung ist ansteckend, dies ist an den vielen, vielen Reaktionen nicht nur in der BRD, sondern auch in Mailand, Kopenhagen, Prag, New York usw. zu sehen. Dank an euch alle, die ihr den Kampf um die Mainzer zu eurem eigenen gemacht habt.
Der Kampf <u>in</u> der Mainzer ist von uns mit großer Entschlossenheit geführt worden, der Kampf <u>um</u> die Mainzer allerdings nicht so sehr. Wir haben den Eindruck, daß der ganze Dienstag von uns mehr oder weniger vertrödelt worden ist. Der Raum, den wir zu diesem Zeitpunkt noch hatten, ist kaum für politische Initiativen genutzt worden, die den Druck auf den Senat erhöht hätten.
Wir müssen jetzt zusehen, daß wir die Polarisierung in der Ost-Berliner Bevölkerung für uns ausnutzen können, von daher finden wir die Aktion der BesetzerInnen aus der Linienstraße toll und nachahmenswert.
Fraglich ist noch, ob die Bullen den Represseionshammer auspacken und nach Auswertung ihrer Videos Leute einfahren lassen wollen. Denkt dran: nicht nur keine Aussagen bei Bullen und Justiz, sondern auch keine Heldengeschichten in der Kneipe oder anderswo zum Besten geben und erst recht keine Spekulationen, wer/welche wohl wann was gemacht haben könnte oder auch nicht!
Trotz alledem: Es ist an den Herrschenden, verunsichert zu sein und nicht an uns. Deshalb: Keine Alleingänge der besetzten Häuser, nur zusammen können wir nach den Sternen greifen!

Zum Heft: Der Text "Kommt gemeinsam aus euren Löchern..." kann eigentlich nur von der oberschlauen Theoretiker(Innen?)fraktion mit Praxisdefiziten kommen, die schon immer alles und vor allem besser gewußt haben. Ansonsten ist Redaktionsschluß am <u>Montag</u> und die Bitte an uns, bei einem Artikel noch ne Parole ins Transpi zu malen, fanden wir doch etwas dreist. Die Erklärung zu den SPD-Büros haben wir so gelassen, ist doch ziemlich egal, wer die Scheiben dort einknallt, Hauptsache sie sind kaputt, gelle? Ach ja: die neue RADIKAL Nr. 141 Teil 1 und 2 ist erschienen.

Inhalt:

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Ordner:
Presseerklärung des JUZI/Göttingen zur Hetze vor der 17.11. Demo
Nachbemerkungen zum offenen Brief an die "DDR-Gefangenen" vom Info-Büro HH
Aufruf zu einem starken und großen Frauen- und Lesbenblock bei der 17.11. Demo in GÖ
Redebeitrag von der 3.11. Demo der Tübinger Initiative für die ZL der pol. Gef. jezt
Aufruf zu einer antinationalen Demo am 2.12. in HH



Chronologie

Montag Morgen 11.11.
verbreitete sich die Information, daß Pfarrstr. und Cotheniusstr. geräumt worden waren.
Darauf sammelten sich ca. 50 Leute zu einer spontanen Solidaritätsdemonstration auf der Frankfurter Allee. Es wurde ein Transparent entrollt: "Räumt die Knäste, nicht die Häuser", und der Verkehr mit Bauband und Stangen beruhigt, um die Demo von dem Verkehr abzugrenzen.
Sofort marschierten die Bullen mit mehreren Mannschaftswagen, Wasserwerfer und Räumpanzer auf. Die Erklärung für dieses massive Aufgebot konnte nur ein Räumungsversuch sein.
Die Bullen stürmten direkt behelmt, knüppelschwingend, tränengasschießend in die Mainzer Str., die Leute, die sich in der Straße befanden, flüchteten in die Häuser.
Die ganze Bullenmaschinerie heizte viermal durch die Straße, beschoß besetzte und nicht besetzte Häuser mit Wasser und Gas. Alles war nun klar.
"Jetzt wird geräumt, wir müssen uns wehren."
Der Barrikadenbau fing spontan an, es ging ab.
Dadurch, daß sich die Bevölkerung sammelte und die Barrikaden immer höher wurden, mußten sich die Bullen zurückziehen, blieben jedoch in der Umgebung, weshalb wir die Barrikaden weiter verstärkten.
Vielen Dank übrigens an die Baggerfahrerin!
Politiker aus dem Bezirksvorstand und -räten waren in dieser Zeit vor Ort, wurden jedoch vom Einsatzleiter mit den Worten "Sie haben hier eh nichts mehr zu melden!" übergangen.
Kein Verantwortlicher nahm die Vermittlungschance wahr, auch die AL ließ sich zu diesem Zeitpunkt noch verleugnen, "Die Mainzer Str. hat von uns nichts zu erwarten", hieß es.
Um Viertel vor 9 abends begann der Polizeiapparat wieder gegen uns zu rollen.
Die Brutalität der Bullen nahm immer mehr zu.
Der Tränengasnebel in den Straßen war über mehrere Stunden so dicht, daß wir kaum atmen konnten. Folgen waren Hautreizungen, Kotzreiz, Husten, Atemnot, Kopfschmerzen, Streß, Schockwirkung, panische Angst. Mit Tränengasgranaten und Wasserwerfer wurde gezielt auf die

Menschen geschossen. Abends wurden sogar Blendschockgranaten eingesetzt. Diese explodierten mit lautem Knall und grellem Blitz, so daß man/frau für kurze Zeit gelähmt ist und nichts sieht und hört. Seit Mogadishu wird diese Waffe zur "Terrorismusbekämpfung" eingesetzt.
An diesem Tag sprang der Funke über.
Was sich dort an Widerstand entwickelte, ging weit über die Mainzer Str. hinaus. Denn es waren nicht nur die HausbesetzerInnen und WestchaotInnen, wie es in der Presse breitgetreten wurde, sondern ein breites Spektrum von Mitmenschen aus dem Ostteil der Stadt anwesend, die diesen Tag zum gemeinsamen Kampf nutzten, um ihrer Wut gegen den Staat Ausdruck zu verleihen.
Hierzu ein Beispiel: Ein Besetzer versuchte, einen Plünderer aufzuhalten, der ihm entgegenhielt, "Du bist doch sicher aus dem Westen. Ich bin aus dem Osten, ich habe nichts zu fressen."
Fakt ist auf jeden Fall, daß dieser Widerstand eine Dimension annahm, die die momentane soziale Unruhe in diesem Staat ausdrückt. Und genau **das** ist der Grund, warum wir ausgelöscht werden sollen.
Was in den Medien als Gewalteskalation von unserer Seite ausgeschlachtet wurde, ist eine bewußt eingeplante Ausgrenzung. Zu keiner Zeit bestand die Möglichkeit, weder für uns, noch für einen spontan zusammengerufenen Runden Tisch, an die Verantwortlichen heranzukommen, um dieser brutalen Maschinerie Einhalt zu gebieten.
In dieser auswegslosen Situation wurde von den Verantwortlichen, Politikern und Bullen, bewußt über Menschenleben hinweggegangen.
An diesem Abend kamen sie nicht durch, deswegen mußten sie erstmal aufgeben!

Der Dienstag 12.11
war angefüllt mit Öffentlichkeitsarbeit und Barrikadenbau. Flugblätter und Infotafeln, sowie zahlreiche persönliche Gespräche klärten die Bevölkerung über den brutalen Einsatz des Vortags auf. Außerdem gaben wir Pressekonferenzen.
Am Abend wurde auf einem Kiezpalaver beschlossen, daß die am Montag entstandenen Sachschäden... von den BesetzerInnen getragen werden.
Gegen Abend wurden auf den Autobahnen Richtung Berlin BGS, Wasserwerfer und Räumpanzer gesichtet.
Die Aufrüstung war klar.
An eine Beruhigung der Situation war nicht mehr zu denken.
Es gab nur noch einen Ausweg:
die verzweifelte Verteidigung der Häuser.

Was dann geschah, wißt ihr alle.

Erzählt die **wahre Geschichte** weiter.
Gebt den Lügen der Politiker und Medien keine Chance.





Spenden

Bei dem Senatskrieg gegen die Mainzer Str., der in der Räumung am Mittwochmorgen seinen brutalen Höhepunkt fand, wurden nicht nur mehrere hundert Menschen obdachlos gemacht, sondern auch alle ihre persönlichen Besitztümer von der Polizei geraubt bzw. zerstört.
Noch in der Nacht zu Donnerstag hörte man/frau, wie sich die Bullentruppen mit fröhlichem Gelächter in den Häusern austobten und alles zerschlugen und auf die Straße warfen, was sie vorfanden. Für die noch besetzten Häuser besteht weiterhin durch Drohungen von politischer Seite und die übermächtige Polizeipräsenz und -provokation eine massive Gefährdung durch Räumung.

Die Geräumten aus der Mainzer Straße brauchen die dringende Unterstützung aller, die das reaktionäre, militärische Vorgehen gegen politische Gegner verurteilen und etwas entgegensetzen wollen, sowie die noch besetzten Häuser, die sich in sehr prekärer Situation befinden, unterstützen möchten.

Wir benötigen:

- Kleidungsstücke aller Art
- Lebensmittel
- Bettwäsche, Matratzen, Decken, Schlafsäcke
- Kohlen, Brennholz

Die Sachspenden bitte in der Kreutzigerstraße 18/19 in Friedrichshain oder in anderen besetzten Häusern abgeben.

Für ebenfalls dringend benötigte **Geldspenden** gibt es folgende Kontonummer:

für Ostberlin + Westberlin: **Sonderkonto BesetzerInnenhilfe, Kto.-Nr. 640216048, Sparkasse der Stadt Berlin/West, BLZ 100 500 00.**

Selbstdarstellung der Mainzer Str.

Wir, aus den 12 Häusern der geräumten Mainzer Str., wollen gemeinsam und selbstbestimmt leben.
Jedes Haus hat seine eigene Individualität und sein eigenes Projekt, wie z.B. die Volksküche, Tuntenhaus, Kneipen, Info-Laden, Spätkauf, selbstverwaltete Versorgung mit gesunden Lebensmitteln.
Die Mainzer Str. hat es geschafft, zusammen mit anderen besetzten Häusern und BürgerInnen ein selbstbestimmtes, gemeinsam organisiertes Leben aufzubauen.
Neben der Instandsetzung der Häuser haben wir politische, insbesondere antifaschistische Informationsarbeit geleistet und kontinuierlich mit den BürgerInnen, z.B. an einem Kinderspielplatz, Verkehrsberuhigung, zusammen Ideen entwickelt und gearbeitet.
Diese Selbstbestimmung vom ökologischen Einkauf bis zur politischen Struktur ist der staatlichen Seite ein Dorn im Auge, da hier eine eigenverantwortliche, funktionierende Lebensgemeinschaft entstanden ist.

Wir wollen unseren Lebensraum, die Mainzer Str., wiederhaben.



Jetzt erst recht !!!

In der Presse erschienen die letzten Tage wie Bürgerkrieg, immer wieder fürchterliche Fotos und die Lügen von „tötungsbereiten Chaoten". Aber die Wirklichkeit war anders und es ist wichtig, die zu wiederholen. Zehntausende von Obdachlosen in dieser Stadt, Zigtausende, die eine Wohnung suchen, unendliche Schlangen bei den Wohnungsbesichtungen und gleichzeitig Millionenprofite für die Spekulanten mit dem Leerstand und Verfall von 25.000 Wohnungen allein in Ostberlin. Das ist die Realität in Berlin. Die Bonzen reden von sozialer Gerechtigkeit, während sie in ihren Palästen und Luxusappartements hocken, gut bezahlt für wenig Arbeit, und wir schauen dürfen, wo wir bleiben.

Aus diesem Grund und deswegen, weil unzählige die Schnauze voll haben, vereinzelt in einem Wohnklo mit Munddusche zu wohnen, weil viele etwas Neues mit Vielen ausprobieren wollen, weil wir uns ein anderes solidarisches Leben vorstellen und auch dafür kämpfen, wurden&werden in Berlin Häuser besetzt. Einige im Westen, mehr als 130 im Ostteil. Sie sind für uns ein Stück weit eine andere Gesellschaft, ein Schritt hin zu einem besseren Leben, wo die Menschen selber bestimmen, wie sie leben, wo sie teilen, sich austauschen und Gefühle haben dürfen. Anders als in dem Dreck von Vereinzelung, Zwangsmaloche und Glotze, in dem uns die Bonzen haben wollen.
Genau das ist es, was den Herren Momper, Diepgen&CO stinkt; das ist es, was sie „rechtsfreien Raum" nennen. „Rechtsfrei" ist für sie da, wo die Leute selber über ihr Leben entscheiden und deswegen ist für uns „rechtsfreier Raum" die einzige Sache, für die es sich lohnt, zu kämpfen.

Der Senat hat angegriffen

Am 12.11. begann der Senat in Ostberlin Häuser räumen zu lassen; zwei in Lichtenberg, eines am Prenzlauer Berg. Es gab sofort berlinweit Unterstützung für die BesetzerInnen. Unter anderem wurde für eine Viertelstunde in Friedrichshain die Frankfurter Allee in der Nähe der Mainzerstr. blockiert. Die Bullen nahmen dies zum Anlaß, um mit Wasserwerfern und Räumgeräten die zu diesem Zeitpunkt völlig ruhige Mainzerstr. zu überfallen. Mit Wasserstrahl wurden die Fenster in besetzten und normal bewohnten Wohnungen eingeschossen, unter Wasser gesetzt und mit dem Kriegsgas CS eingenebelt. Erst jetzt begann das sogenannte „Chaos".

Würden Sie sich nicht wehren, wenn bei Ihnen die Polizei die Wohnung mit Tränengas vollschießt?

Die Menschen in der Mainzerstr begannen sich zu wehren. Die Bullen wurden hinausgedrängt und ab Montagnachmittag begannen BesetzerInnen und UnterstützerInnen damit, die Straße zu sichern. Barrikaden wurden aufgebaut, damit die Polizei nicht noch einmal auf derartige Art und Weise einfallen konnte. Die NachbarInnen waren zum Teil ratlos, andere genervt über die Unruhe, und manche halfen sogar beim Aufbau der Verteidigungsanlagen. Allen gemeinsam war das Entsetzen über die Brutalität der Bullen.
In der Nacht schließlich kehrten diese massiv verstärkt zurück und versuchten die Mainzerstr. erneut zu räumen. Es ging ihnen um einen Beweis der Stärke. Vermittlungsangebote von Friedrichshainer Stadtverordneten wurden vom Innensenat und den Bullen zurückgewiesen. Sie wollten einen militärischen Sieg.
Aber Montagnacht haben sich die Leute verteidigt. 1000 Menschen halfen Gräben auszuheben, damit die Räumpanzer nicht durchbrechen könnten, schichteten Baumaterial zu Barrikaden, warfen die Gasgranaten der Polizei wieder zurück, und wehrten sich auch mit Steinen und Molotov-Cocktails. Nie ging es dabei darum, die Polizei zu besiegen oder Polizisten zu töten wie Momper und Springer behaupten, sondern darum, die vom Senat angestrebte Räumung zu verhindern. Die Mainzer wollte nie Zoff, sie bemühte sich seitdem es sie gibt um Verhandlungen, die erst der Magistrat, dann der Senat immer wieder verweigert hatte (und nicht andersrum, wie Momper lügt!). Die Barrikaden waren nichts als ein Schutz gegen den Terrorismus der Polizei.

Der Senat probt den Bürgerkrieg

Weil es die Bullen also Montagnacht nicht schafften, ließen Momper-&Co Dienstag aus Westdeutschland 1600 Polizisten und Bundesgrenzschutz mit schwerem Kriegsgerät anfahren. Die BesetzerInnen suchten erneut, zu einer politischen Lösung zu kommen, Menschen vom Bündnis 90 versuchten den ganzen Tag, Innensenator Pätzold zu erreichen, aber der wollte sich nicht erreichen lassen. Pätzold und Momper wollten nur eins: eine Bürgerkriegsübung.
Mittwoch morgen um 6 war dann Friedrichshain militärisch abgeriegelt. Von nirgendwo konnte man sehen, was in der Mainzerstr. passierte. Leute, die von anderen Dächern das Geschehen mitverfolgen wollten, wurden verhaftet, Passanten nicht durchgelassen, Leute in der Umgebung von Bullen grundlos angegriffen. Gleichzeitig kreisten die Hubschrauber, turnten militärische Sonderkommandos auf den Dächern herum, bestimmten Räumpanzer das Bild. Das war nicht mehr ein klein bißchen faschistoid, das war faschistisch. Das war genau der Staat des Terrors, bei dem die Macht von der politischen auf die militärische Ebene übergegangen ist. Die MainzerInnen wehrten sich noch 3 Stunden, dann sammelten sie sich in 2 Häusern und warteten auf die Bullen.
Die führten sich auf, wie sich Terroristen eben aufführen. Siegergebährden und Sprüche wie „reiß ihm die Eier auf", „ihr gehört doch an die Wand", so gingen diese Polizisten vor, glücklich darüber, daß es keine politische Lösung gegeben hatte. Sie traten und schlugen die BesetzerInnen, unzählige wurden schwer verletzt. Erst jetzt als alles „vorbei" war, kam es zu schweren Verletzungen, bis dahin war es trotz oder wegen der Barrikaden glimpflich gewesen- auf beiden Seiten.

Die Lügen Mompers

Die Lügen von Momper, Springer, Diepgen und Co am Tag danach schlagen dem Faß den Boden aus: die BesetzerInnen hätten sich nicht um Verhandlungen bemüht, aber gemeinsam mit anderen 130 Häusern suchen die seit Monaten Verhandlungen, die der Magisenat und nicht die BesetzerInnen abgebrochen hat.
Dann sagt Momper, die BesetzerInnen seien „tötungsbereit" gewesen, aber tötungsbereit waren nur er und seine Schergen: zweieinhalb Tage wahllos Giftgas gegen die BewohnerInnen der Mainzerstr., mehrere scharfe Schüsse, zwei durch scharfe Munition Schwerverletzte, der Einsatz von Gummigeschossen und neuartigen 2000 Grad heißen Schockgranaten, das ist die „Gewaltfreiheit" von SPD/CDU/AL-Senat. Und darüberhinaus der versuchte Mord eines Räumpanzerfahrers gegen mehrere Menschen, die sich auf einem Baugerüst befanden, das von dem Panzer zusammengefahren wurde.
Überhaupt bleibt die Frage, warum Momper&Pätzold einen ganzen Stadtteil abriegeln ließen, wenn nicht, um vor den Augen der Öffentlichkeit das terroristische Auftreten der eigenen Polizei zu vertuschen. Wenn Mielke wegen den Schlagstöckeinsätzen der Stasi ein „Verbrecher" ist, dann sind Diepgen, Momper und Pätzold Mörder.

Aber wir leben und kämpfen

Und trotzdem kann uns auch der widerlichste Polizeieinsatz in Berlin seit Jahren nicht mehr nehmen, was wir uns in diesen Tagen erkämpft haben. Die Entschlossenheit so vieler Menschen, nicht alles zu schlukken, was uns die da oben sagen; die Solidarität untereinander in den Tagen der Barrikaden; die Diskussionen mit den NachbarInnen; die 15.000 auf der Demo gegen die Räumung. All das hat uns gezeigt, daß die Ohnmacht gegenüber dem Staat und den Chefs, den Spekulanten und Bonzen überwunden werden kann, wenn wir zusammenkommen und uns wehren- so oder so, auf einer Demo, beim Reden miteinander oder hinter den Barrikaden. ***Trotz der Räumung der Mainzerstr. ist die eigentliche Message vom 12.-14. November die, daß wir unendlich stark sind.***

Wir nehmen uns unsere Lebensräume zurück.

Einige von all denen, die jetzt erst recht anfangen zu kämpfen

Jetzt erst recht!

NEUE SCHÖNHAUSERSTR. 13 WIEDERBESETZT!

heute, am 17.11.90 haben wir die neue schönhauser straße 13 besetzt.
wir haben uns das haus genommen, weil wir den raum brauchen, um zusammen zu leben. wir wollen nicht in kleinwohnungen dahinvegetieren. wir haben auch keinen bock am sog. wohnungsmarkt die füße für zeitschriftenannoncen oder maklerbüros in den bauch zu stehen oder uns vor vermieterInnen zu verstellen, einzuschmeicheln oder ausfragen zu lassen.

angesichts von 25000 leerstehenden wohnungen allein in ostberlin und zigtausender wohnungssuchender ist unsere devise: die wohnungen denen, die darin wohnen!

wir bekämpfen jene, die auch in der ddr die kapitalistischen mietgesetze einführen wollen. spekulanten und miethaie treiben die mieten so in die höhe, daß bis zu 50% des einkommens für die miete ausgegeben werden muß. wie in allen westeuropäischen innenstädten soll billiger wohnraum in berlin zugunsten von banken, versicherungen und konsumtempeln vernichtet werden.



für uns ist die massenhafte hausbesetzung ein ausdruck des kampfes dagegen.
mit der räumung der mainzer straße und anderer häuser und deren systematischer zerstörung wurde wohnraum für hunderte von menschen vernichtet.
wir wissen, wir werden nur dann eine kraft werden, die sich gegen die schweinereien des kapitalistischen systems durchsetzen kann, wenn wir uns jetzt nicht spalten lassen.

ES GIBT KEINE MACHT, DIE UNS AUFHALTEN KANN!!

- mietverträge für alle besetzten häuser, ohne ausnahme
- abzug aller bullen und des bgs
- rückgabe aller in der letzten woche geräumten häuser an ihre bewohnerInnen
- sofortige freilassung aller sich noch im knast befindenden besetzerInnen
- rücknahme aller strafverfahren gegen hausbesetzerInnen
- solidarität mit der hafenstraße in hamburg

WIR BRAUCHEN EURE MASSENHAFTE UNTERSTÜTZUNG!!!
KOMMT!!! BESETZT!!! VERTEIDIGT!!!

Nach ca. 2 Std. wurden wir von den Bullen geräumt und in Handschellen aus dem Haus geschleppt. Nach Personalienfeststellung sind wir freigelassen worden.

VOLXSPORT

Klarheit für Berlin

Sie haben sich schon entschieden, was Sie wählen am 2.Dezember? Nein? Dann lesen Sie jetzt genau das Richtige. Unser Programm für das neue Berlin macht praktische Vorschläge für die Gestaltung der Einheit.

Zum Beispiel Liberalität: Wir bleiben bei der Berliner Linie. Oder finden Sie nicht auch, daß es seit 1989 mit weniger Polizeieinsatz friedlicher zugeht?

doch dann haben die so-
zialstrategen der SPD
ihre maske verloren.
und darum:

Anschlag verpestete SPD-Büro

Das SPD-Kreisbüro in der Weimarer Straße in Charlottenburg dürfte für längere Zeit unbenutzbar sein: Unbekannte zerschlugen in der Nacht zu gestern gegen 4.30 Uhr die Fensterscheiben des Büros und warfen zwei Flaschen mit Buttersäure — dem Stoff, aus dem die Stinkbomben sind — in den Innenraum. Ein Hausmeister entdeckte das Malheur und alarmierte den Kreisvorsitzenden. Der Sachschaden beträgt rund 2000 Mark. si

Dies sind nur einige Argumente. Wenn Sie mehr wissen wollen, schreiben Sie uns.
SPD Berlin, Müllerstr.163, 1000 Berlin 65.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Landesverband Berlin 65 Müller-163	☎ 46 92 - 0
Kreisbüro	
Charlottenburg: 10 Otto-Suhr-Allee 100	3 41 54 38
Laden 12 Weimarer -31	3 13 88 82
Kreuzberg: 61 Stresemann-30	2 51 51 12
Neukölln: 44 Karl-Marx-117	6 87 21 59
Reinickendorf: 28 Waidmannsluster Damm 149	☎ 4 11 70 36
Schöneberg: 62 Feurig-4	7 81 20 74
	7 81 22 83
Spandau: 20 Kinkel-2	☎ 3 33 71 65
Steglitz: 41 Schloß-62A	☎ 8 34 50 15
Tempelhof: 42 Tempelhofer Damm 165	7 51 30 30
Tiergarten: 21 Gotzkowsky-8	☎ 3 91 31 66
Wilmersdorf: BzVerordnetenFraktion 31 Fehrbelliner Pl.4	87 23 78
Zehlendorf: 37 Garten-12	☎ 8 11 86 11
Berliner Stimme Redaktion 65 Müller-163	☎ 46 92 - 151
Parteivorstand Bonn Büro 65 Müller-163	4 65 10 05
SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin 62 John-F.-Kennedy-Pl.	7 83 - 32 6
Bürgerbüro 65 Edinburgr. 41	4 51 30 8

und weil die Bullenfratze
dahinter so widerlich war,
haben wir ein paar tage
später das SPD-büro in der
skalitzer str. entglast


Mit uns gelingt's

SPD
BERLIN

die häuser denen, die drin wohnen
unterstützung der forderungen der bewohnerInnen der geräumten
häuser Mainzer Str., Pfarrstr. usw

und an die senats-büttel: und wenn ihr noch so viele seid,..

p.s.: Auch das SPD-Büro Schöneberg wurde schon besucht
und beklirrt.



Dienstag Nacht (12.11.) hat's in der Schloßstr. in Steglitz geklirrt. Zusammenhänge mit den Räumungen sind zu vermuten... an Erklärungen gab's dazu jedoch noch nix.

Wir haben etwas gegen die Hauptstadt / Metropolen / Umstrukturierungs-Pläne des Berliner Senats, gegen Räumungsterror und Yuppisierung.
Am 12./13.11. erwischte es einen Bagger am zukünftigen Innenstadtring Skaliterstraße.
1 Mio. DM Schaden für jedes geräumte Haus!
Berlin, weltoffen statt geldoffen!

Die Mainzer ist ein politischer Sieg für uns! Sie haben einmal mehr ihre demokratische Maske fallengelassen und die Erfahrung spontaner Kraft und Solidarität gibt Mut für die nächsten zehntausend Jahre!
Ihr Lieben! Lassenwir uns nicht spalten!
Alle Häuser zurück! Alle Gefangenen frei!
Umsiedlung aller Mompers und Pätzolds etc. nach Tschernobyl!
Am Sonntag (18.11.) fielen uns am Kaiser-Wilhlem (Igitt) -Platz in Schöneberg zum Opfer:
40 schöne Schaufensterscheiben
Bildet Banden und Bändchen!

wir haben am 14.11. 90 die fensterfront der AL-zentrale wilmersdorf demoliert. dies ist spontaner ausdruck unserer wut über die räumung der mainzer strasse und der sonstigen schweinereien, die die AL in ihrer fast 2jährigen koalitionszeit mit der SPD verbraten hat. schon die räumungen in 36 im april 89 und die massivhetze gegen die autonome linke rund um die beiden 1.mai-feten haben deutlich gezeigt, wo dieses alternative" bürgerpack wirklich steht. die publikumswirksame festnahme mehrerer AL-heinis bei der räumung der mainzer und der zeitweilige austritt aus der SPD-koalition jetzt können über die verlogenheit dieser "alternativsozis" nicht hinwegtäuschen. sie versuchen, sich als wählbare alternative zu den sonstigen bürgerparteien zu verkaufen und haben dabei auch noch ihre letzten reste utopischer ansätze zugunsten polizeistaats-"realpolitik" verkauft.

einige wütende

Köln: Glasbruch an mehreren Stellen...
Wuppertal: ca. 50 Leute veranatalten eine Scherbennacht.
Hannover: Glasbruch, siehe Erklärung.
Düsseldorf: Demo in Oberbilk, eingeworfene Scheiben bei Banken, Sprühaktionen, ein Hotel wurde entglast.
Hamburg: Angriff auf eine Bullenwache, Plena zur Mainzer Str., etliche Solibeiträge, Demo am 19.11.

Kopenhagen: die deutsche Botschaft wurde mit Mollis eingedeckt...
Frankfurt: Spontandemo, Großaufgebot der Bullen
München: Spontandemo von 50 Leuten, 450 Bullen im Einsatz
Mailand: am 16.11. Kundgebung vor dem deutschen Konsulat von über 100 Leuten
Erlangen/Nürnberg: Demo am 15.11.

Zusatzinfos:

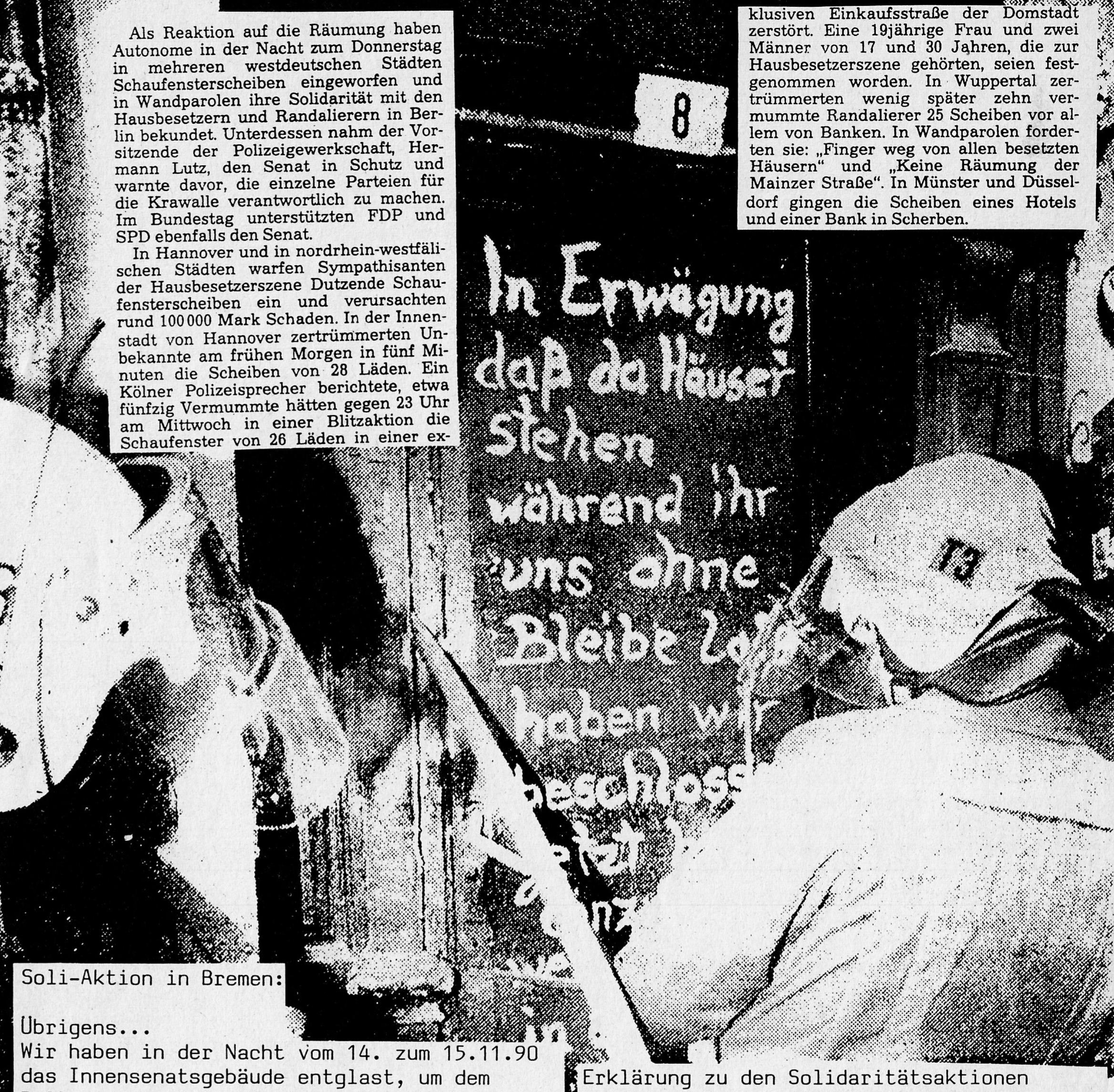
Münster: seit drei Wochen ein neu besetztes Haus, gute Voraussetzungen für Verträge und gute Kontakte zur Bevölkerung
Bochum: neues besetztes Haus
Allgemein gute Voraussetzungen für viele neue Hausbesetzungen in vielen Städten, mehr dazu auf den Häusertagen vom **25. bis 30 Dezember in Hamburg**. Sie sollen in die **Hafentage** übergehen.
In vielen Städten sehr viel Solidarität mit der Mainzer Str., hoher Informationsbedarf überall.
Überall sehr gemischte Presse mit etlichen, für die bürgerliche Presse guten Kommentaren.
Aus vielen Städten kam Leute angereißt.

Der Berliner SPD/AL-Senat hat am 12.11. 3 Häuser in Ostberlin geräumt. Am 14.11. haben 4000 Bullen im Auftrag des Senats die 13 besetzten Häuser in der Mainzerstr. überfallen und geräumt, nachdem sich die BesetzerInnen am Vortag erfolgreich gegen einen Räumungsversuch zur Wehr gesetzt hatten. Die Herrschenden wollen damit eine Bewegung mit Gewalt zerschlagen und kalkulierendabei auch tote HausbesetzerInnen ein.

Unser Haß ist grenzenlos. Wir wissen, daß es nicht nur um Berlin geht, sondern um alle besetzten Häuser und Zentren, letztlich um alle kämpfenden Menschen. Deshalb müssen wir ihre Angriffe gemeinsam abwehren, genauso wie wir nur gemeinsam in die Offensive kommen können.
Wir haben mit vielen Leuten die Nobelstraße Hannovers, die Georgstr., entglast. Lauter fette, feiste Läden. Dabei haben wir eine Apotheke und einen kleineren Buchladen ausgelassen.
Andere haben die Bullenwache Kopernikusstr. entglast.
Wiederum andere haben die Fensterscheiben eines Büros der Grünen und eines der SPD zerstört.
Kann gut sein, daß noch mehr passiert ist.
Wir fordern:
- Mainzerstr. und die drei am 12.11. geräumten Häuser an die BewohnerInnen zurück!
- Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen HausbesetzerInnen!
- Keine weiteren Räumungen in Berlin und anderswo!
- Annehmbare Verträge für alle Häuser! (entgegen ihrer Unterteilung in "befriedbare" und "nicht-befriedbare" Häuser)
- Hafen und Sprengel bleiben!

Solidarische Grüße und viel Power an die BerlinerInnen

Das Inferno: Rauchschwaden hüllen die Mainzer Straße ein. Polizisten rennen gegen Barrikaden an. Hausbesetzer decken die Beamten mit einem Hagel von Steinen ein.



Als Reaktion auf die Räumung haben Autonome in der Nacht zum Donnerstag in mehreren westdeutschen Städten Schaufensterscheiben eingeworfen und in Wandparolen ihre Solidarität mit den Hausbesetzern und Randalierern in Berlin bekundet. Unterdessen nahm der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft, Hermann Lutz, den Senat in Schutz und warnte davor, die einzelne Parteien für die Krawalle verantwortlich zu machen. Im Bundestag unterstützten FDP und SPD ebenfalls den Senat.

In Hannover und in nordrhein-westfälischen Städten warfen Sympathisanten der Hausbesetzerszene Dutzende Schaufensterscheiben ein und verursachten rund 100 000 Mark Schaden. In der Innenstadt von Hannover zertrümmerten Unbekannte am frühen Morgen in fünf Minuten die Scheiben von 28 Läden. Ein Kölner Polizeisprecher berichtete, etwa fünfzig Vermummte hätten gegen 23 Uhr am Mittwoch in einer Blitzaktion die Schaufenster von 26 Läden in einer exklusiven Einkaufsstraße der Domstadt zerstört. Eine 19jährige Frau und zwei Männer von 17 und 30 Jahren, die zur Hausbesetzerszene gehörten, seien festgenommen worden. In Wuppertal zertrümmerten wenig später zehn vermummte Randalierer 25 Scheiben vor allem von Banken. In Wandparolen forderten sie: „Finger weg von allen besetzten Häusern" und „Keine Räumung der Mainzer Straße". In Münster und Düsseldorf gingen die Scheiben eines Hotels und einer Bank in Scherben.

Soli-Aktion in Bremen:

Übrigens...
Wir haben in der Nacht vom 14. zum 15.11.90 das Innensenatsgebäude entglast, um dem Bullenterror in Ostberlin, ausgehend vom rot-grünen Senat, mit denselben Mitteln hier zu antworten. Der extrem brutale Bulleneinsatz bei der Räumung der Mainer zeigt wieder einmal die Linie der reaktionären Schweine, jeden radikalen Widerstand im Keim ersticken und den Menschen die notwendigsten Lebensräume zu zerstören.
Feuer, Flamme und Glasbruch der Sozialdemokratie, allen Herrschenden in Bremen, Berlin und überall !!!
Wohnungsnot ist Konzept der Kapitalisten
Besetzungen verteidigen, Schluß mit den Räumungen!
Jeder Stein, der abgerissen, wird von uns zurückgeschmissen!
Solidarität aus allen Städten!

Einige von vielen bunten Smarties

Erklärung zu den Solidaritätsaktionen am 15.11.90 in Heidelberg

Solidarität mit den besetzten und geräumten Häusern in Ost-Berlin und anderswo !!
Für jedes Haus, das geräumt wird, werden 2 neue besetzt. Deshalb haben wir heute am 15.11.90 in Heidelberg mit den Häusern im Burgweg 1 und in der Ziegelhäuser Landstraße 17 ein Zeichen gesetzt. Aber auch, um auf unsere nochn immer katastrophale eigene Wohnungssituation aufmerksam zu machen und unserer schon so oft formulierten Forderung nach bezahlbarem um menschenwürdigem Wohnraum für alle Nachdruck zu verleihen.
Wir lassen uns nicht unterkriegen !!
Wenn sie 10 Häuser räumen, werden wir 100 besetzen !!
Finger weg von allen besetzten Häusern !!



Aus Italien: Ein Feuer vereint uns

In diesen Tagen wurde in Berlin - Herz des europäischen Imperiums und Zentrum des kapitalistischen Schaufensters, bestimmt zur endgültigen Integration des östlichen "Sozialimperialismus" in den globalen Zusammenhang des einpoligen imperialistischen Systems - in Berlin wurde eine schmutzige, repressive Kampagne, für die die deutsche Regierung die Verantwortung trägt, gegen den riesigen Bereich der besetzten Häuser, gegen tausende von Genossinnen und Genossen geführt, um das zu zerstören, was die revolutionäre, antagonistische Bewegung darstellt und aufgebaut hat.
Das Europa der Herrschenden, das, um den Süden der Welt zu kontrollieren und den Osten zu entmachten, einen militärischen Einsatz in der Golfregion unternimmt, versucht mit brutaler Repression, die eigenen Gebiete zu befrieden.
Das Europa der Herrschenden wirft sich jetzt nicht nur so brutal auf die besetzen Häuser, weil diese materiell vorführten, daß Besetzen richtig ist und daß ein Haus ein Recht für alle und keine Ware zum Verkauf ist, sondern auch und vor allem, weil die Häuser der konkreteste Ausdruck von Lebensweisen, von Entwicklungen sind und somit am weitesten von den Normen entfernt sind, die vom Kapitalismus und von der Barbarei der Ausbeutung vorgegeben sind. Dies gilt im Osten wie im Westen, im Norden wie im Süden. Dies kann von den Herrschenden und Befehlenden, die ihre Profite aus unserem Leben ziehen - und dies tun sie nicht nur durch feste Produktionsstätten, sondern auch durch einen Lebensrythmus, der vollständig vom Kapital aufgesaugt ist -, dies kann von den Herrschenden nicht akzeptiert werden. Leben muß für sie produktiv, vollständig vermarktbar, monetarisiert und somit kontrolliert sein. Wer Selbstbestimmung lebt, sich selbst verwaltet, wer Befreiung aufbaut und ein kollektives Lebensgefühl reproduziert, also reale Gegenmacht entwickelt, wird angegriffen, kriminalisiert und verhaftet.

Aber der Widerstand der Genossinnen und Genossen in Berlin ist auch ein unerläßlicher Bezugspunkt. Vom Palestina der Intifada über die mehr als 100 besetzten Zentren in Italien, die Auseinandersetzungen mit der Polizei am 8.10. in Rom, den Widerstand vom Leoncavallo in Mailand, nach Paris und London bis nach Berlin - es entbrennt ständig eine Linie von Feuer und Aufstand gegen die Herrschenden, ihre Banken, ihre Städte und ihre Entscheidungen.
Es ist ein Feuer, das ein Zeichen hinterläßt, es ist ein Feuer, das uns vereint, und vor allem die unzerstörbare Freude und Wut zu kämpfen, die Angelpunkte der imperialistischen Gesellschaft zu zerstören, ein Netz von Gegenmacht zu weben, auf die Wege der Befreiung zuzuarbeiten.

Gegen ein Europa der Herrschenden - Aufstand in jeder Stadt

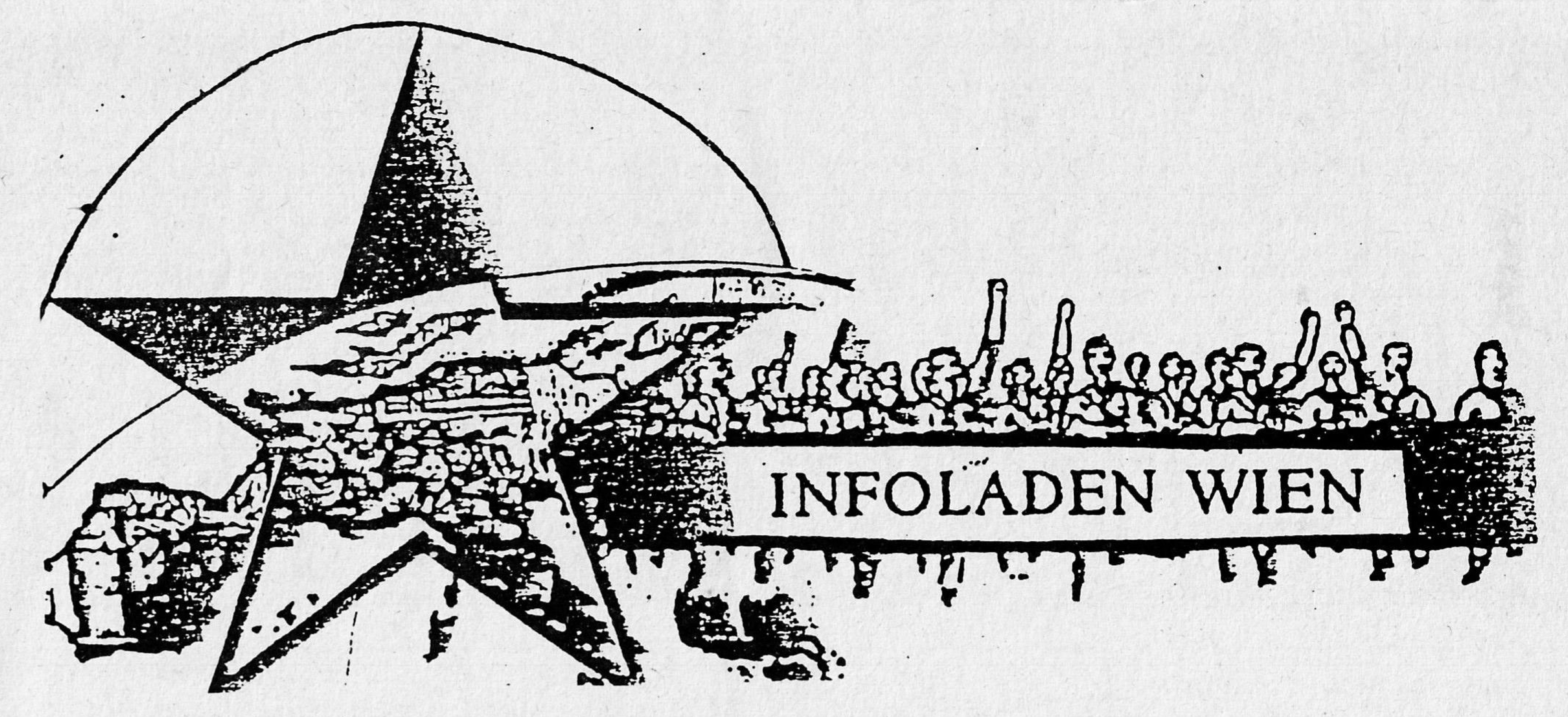
Wir unterstützen die GenossInnen in Berlin

Gegen die Gewalt der Polizei

Verbreiten wir den Kampf für Selbstverteidigung und Gegenmacht in jede Stadt

UnterzeichnerInnen:
Autonome italienische GenossInnen der antiimperialistischen antinuklearen Koordination aus: Mailand, Turin, Bologna, Florenz, Padua, Venedig, Rom, Brescia, Neapel, Cosenza, Brindisi, Palermo und Catania; Radio Onda Rossa/Rom, Radio Sherwood/Padua, Radio Onda D'Urto/Brescia.

Soli-Telegramm aus New York:
to the eastern berlin squatters. in support of your struggle. with you in mind and spirit.
resist to exist. in solidarity
lower east side squatters / nyc squatters /
international solidarity network



AN DIE KÄMPFENDEN GENOSSINNEN IN GANZ BERLIN!

Wir sehen den Kampf um die Häuser als Teil der neuen revolutionären Bewegungen in Europa und den Entschluß, die Häuser zu verteidigen, als Notwendigkeit um soziale Strukturen zu halten und zu entwickeln.
Die große Beteiligung an der Demo heute (14.11.90) zeigt die Wichtigkeit der Kämpfe im Prozeß der Orientierung in der veränderten weltpolitischen Situation. Die Intifada in die Metropolen tragen, könnte eine Perspektive für unseren Kampf sein.
Das Zusammenkommen von Kämpfen rückt in greifbare Nähe.
Zum Teil ist der Stillstand der österreichischen Bewegung auf das Fehlen eines politischen und sozialen Zentrums zurückzuführen, wo die Auseinandersetzungen stattfinden können. Die Räumung des Rotstilzchens am 28.9.90 bedeutet einen extremen Verlust für die Szene hier in Wien und den Bundesländern, da wir unseres Treffpunkts beraubt sind und das Rotstilzchen auch der Anlaufpunkt für GenossInnen aus anderen Ländern war.
Das im Juni 90 besetzte Haus (im Eigentum der 'Kommunistischen' Partei Österreichs) ist zwar noch nicht geräumt, aber eine kontinuierliche Arbeit ist durch die permanente Anwesenheit der KP erstickt.
Die Medienscheiße der Schweine dominiert auch hier. In den Abendnachrichten wurde zb. von einer Demo von 'einigen Hundert Autonomen' berichtet. Drum schickt uns Infos, die wir dann in unserem Infoladen-Verteiler verbreiten.

Mit kämpferischen und solidarischem Gruß, viel Kraft

Infoladen Wien

P.S.: Wir freuen uns schon auf den 8. Feber 91. Der Opernball wird angegriffen!!

G R U S S A D R E S S E

Zuerst wollen wir alle, die in den Nächten vom 13. - 14. November in der Mainzer Straße gekämpft haben (wie die Kommentatorin in "Heute" es genannt hat:"gegen das Schweinesystem") von ganzem Herzen grüßen, insbesondere die, die noch im Knast hocken müssen. Wir finden es total mutig und mutmachend, wie ihr euch der Bullenarmee entgegengestellt habt. In einer Zeit, wo der Feind versucht, unsern Widerstand (und unsere Ziele) auf allen Ebenen an die Wand zu drücken und uns mit Terrorurteilen und Bürgerkriegsarmeen einzuschüchtern, hat uns eure Entschlossenheit Kraft gegeben. Es ist klar rübergekommen - auch wenn sie jetzt ihre Hetze gegen euch auffahren - daß sie keine politische Lösung für die grundlegenden Bedürfnisse und Lebensbedingungen hier und weltweit haben und daß sie diese Schwäche durch brachiale Gewalt verdecken wollen. Ach, es ist immer schwierig, Gefühle aufs Papier zu bringen, ohne daß es furchtbar abstrakt klingt, aber ihr habt uns total Mut gemacht und ein Beispiel gegeben, daß es richtig ist zu kämpfen und daß nichts unmöglich ist.

MUT ZU KÄMPFEN; MUT ZU SIEGEN
Viele Grüße von einigen Genossinnen und Genossen aus Tübingen

Fisch im Wasser?

Nach der großen Abräume in der Mainzer haben wir endlich mal wieder den Arsch hochgekriegt und kurzfristig eine lange beabsichtigte Nachbarschaftsversammlung organisiert. Wir sind von Tür zu Tür gegangen und haben die Einladungen persönlich überreicht.
Die Reaktionen waren fast immer freundlich. Auf der Versammlung am nächsten Tag erschienen ca. 40 Bürgers.
Wir stellten die Ereignisse in Friedrichshain aus unserer Sicht dar und versuchten, die Lügen von Politikern und Medien richtigzustellen.
Den Leuten war die Angst vor Bambule im Scheunenviertel anzumerken. ("... dann brennt das ganze Viertel ab")
Der Einfluß der Medienmanipulation auch auf die Ansichten der anwesenden ,relativ aufgeschlossenen Menschen war nicht zu übersehen. Hier die netten,hilfsbereiten BesetzerInnen, die mensch vom Brot-und Eierverkauf kennt, mit denen mensch auch schon mal geschnackt hat, dort die Chaoten aus'm Fernsehen, die nicht verhandeln geschweige denn instandsetzen wollen,gar keine richtigen Besetzer sind und überhaupt. Ob unsere Stellungnahmen zu Ursachen und Zielen von Militanz,zu gesellschaftlichen Gewaltverhältnissen und den Konsequenzen daraus, wahrgenommen wurden, ist nach einem vereinzelten Treffen fraglich.
Wir bemühten uns, die Ängste der NachbarInnen vor einer Eskalation bei der Räumung ernstzunehmen. U.a. wurden Vorsichtsmaßnahmen empfohlen.(Kinder, Autos).
Zum Schluß wurde eine Petition an Innensenat und Bezirksverordnetenversammlung verfaßt, in der sich die NachbarInnen gegen eine Räumung aussprechen. Weit über 20 Anwesende erklärten sich bereit, Unterschriften zu sammeln.
Die Reaktion auf unsere Frage,was sie denn tun würden, falls ihnen ihr billiger Wohnraum entzogen wird, war eher von (naiver?) Zuversicht geprägt ("Dann gehen wir eben wieder auf die Straße") als von Resignation.
Die Versammlung wurde abgebrochen, um gemeinsam zur Räumung der Neuen Schönhauser zu gehen.
Insgesamt waren diese 3 Stunden ein hoffnungsvoller Anfang.
Wir werden versuchen,in diese Richtung weiter zu arbeiten,d.h. endlich unser Cafe' eröffnen und ein regelmäßiges Treffen organisieren.
Es gibt z.Zt.,wenn wir uns nicht nur auf uns selbst beziehen wollen,

wohl wenig Alternativen zu unspektakulärer,zäher Kleinarbeit.
Momper und Militär-Petzold gehen über Leichen. Die historische Kontinuität der SPD gegen die Schmuddelkinder. Es war immer klar,daß wir auf eine breitere gesellschaftliche Unterstützung angewiesen sind, wenn wir unsere Minderheiten-Wünsche,unsere Lebensentwürfe, durchsetzen wollen.
Selbstverwalteter Wohnraum mit kostendeckenden Mieten kann ein Schritt zur Selbstbestimmung sein,obwohl der Zwang zur Lohnarbeit dadurch nur etwas entschärft wird.
Nach unseren Erfahrungen ist die gesellschaftliche Akzeptanz für Hausbesetzungen nach wie vor hoch. Wohnungsnot und Mietpreissteigerungen scheinen dafür zu garantieren.
Wir bilden uns nicht ein, daß wir (d.h. alle Häuser) allein eine MieterInnen-Bewegung in Gang setzen können. Aber wenn die Voraussetzungen da sind,können wir beschleunigend eingreifen, gemeinsamen Widerstand entwickeln und unsere Vorstellungen einbringen.
Zumindest im Scheunenviertel scheint die Situation günstig zu sein.

Linienstr.206

AUFFORDERUNG AN DIE BEVÖLKERUNG

Sie haben eine Armee gegen uns gestellt, gerichtet ist sie auch auf euch.
Mit den Barrikaden sollen auch unsere Ideen und Hoffnungen planiert werden. Sie können es nicht ertragen, daß es diesmal andere sind als sie selbst, die sagen: Bis hierher und nicht weiter!
Sie haben uns als Chaoten, Gewalttäter und Terroristen bezeichnet.
Sie haben ihre Gewaltmaschinerie aufgefahren. Sie wollen zeigen, daß sie die Macht haben, jeden Widerstand zu ersticken.
Nicht nur unseren, jeden!
Unsere Schreie sollen euch in den Ohren dröhnen, unsere Köpfe rollen bis zu euch.
"Seht her", brüllen die Mächtigen durch die Stadt, "so geht es allen, die unsere Grenzen nicht akzeptieren, wer sich uns nicht beugt, wird gebrochen."
Es geht nicht nur um die Häuser, um Besetzungen, es geht um mehr.

- "Wenn ihr demonstriert, denkt an die Grenzen."
- "Wenn ihr streikt, denkt an die Grenzen."
- "Vergesst nie diese Grenzen, wenn ihr Schikanen ertragen sollt,
wenn ihr vor Behörden und Gerichten steht, wenn ihr eure Mieterhöhung bekommt, wenn der Gerichtsvollzieher vor der Tür steht, wenn euch der Chef zur Arbeit treibt."

ERKENNT DIESE GRENZEN! TRAGT SIE NICHT MIT!

SPRENGT DIE KETTEN IN EUREN KÖPFEN!

SCHAUT ÜBER DEN HORIZONT HINAUS!

Für ein HERRschaftsfreies Leben ohne Angst, gemeinsam sind wir stark!

DER KAMPF GEHT WEITER

KOMMT GEMEINSAM AUS EUREN LÖCHERN, IHR RATTEN, DAMIT SIE EUCH NICHT EINZELN ALLE(S) NEHMEN!

Wir sind eine Gruppe von Leuten, die seit der W-Berliner Hausbesetzerbewegung 80/81 politisch zusammenarbeitet. Die neuesten Ereignisse um die Räumung der Mainzer Str. wurden auch von uns analysiert und wir wollen im folgenden versuchen, unsere Einschätzung wiederzugeben, die sich bis zur VV im Mehringho am Do. abend entwickelt hat.

Wir sehen die Gefahr, daß der militante Kern mitsamt der "autonomen Bewegung" in nächster Zeit, ähnlich wie in Italien abgeräumt werden soll. Dies liegt jedoch nicht darin begründet, daß die Bewegung für das System zu einer realen Gefahr geworden wäre, sondern darin, daß sich die Unzufriedenheit aufgrund der gesamten Wiedervereinigungsgeschichte und der immer stärkeren sozialen Krise ausbreitet und damit zu einer Radikalisierung führen kann, die weit über den Tellerrand der Hausbesetzerszene und der Autonomen hinausgeht - sich dann mit dem militanten Potential verschmelzen könnte. Es steht nicht nur eine neue Dimension der Massenarbeitslosigkeit bevor, sondern auch gigantische Preissteigerungen, die vor allem die Lebenshaltungskosten betreffen. Dies entwickelt sich allerdings erst peu a peu und wird erst ab 1991 sich allmählich zuspitzen. Deshalb ist es notwendig, einen - trotz Räumungen - langen Atem zu entwickeln, bevor die Militanz-Isolierungs- und Kriminalisierungsspirale uns in einen großen Gefangenentransporter spült, bevor wir vollständig von dem Potential militanter Arbeiter isoliert werden. Noch ist alles offen!

Wir haben 80/81 schon kritisiert, daß die Erfahrungen der 68er Revolte nicht an die neue Generation der Aufständischen weitergegeben wurde. Mühsam mußten wir uns diese Erfahrungen aneignen, theoretisch-strategisch aufarbeiten, um die gemachten Fehler nicht zu wiederholen. Heute stellen wir entsetzt fest, daß die Erfahrungen der Hausbesetzerbewegung von 80/81 wieder nicht an die neue Bewegung weitergeben wurde, so daß der Spaltpilz zwischen Verhandlern und Nichtverhandlern, Friedensfreunden und MIlitanten schon sehr weit fortgeschritten ist. Die Isolierungsgefahr steckt aber vor allem darin, daß die Bewegung nach außen den Anschein vermittelt, als ginge es ihnen nur um die Häuser, nur um die "Wohnproblematik". Damit wird erstmal nur das Spektrum der Obdachlosen angesprochen, die aber meist schon viel zu verelendet sind, um noch wirklich kämpfen zu können, sogar zum großen Teil ein faschistoides Bewußtsein haben. Sie scheiden somit als Mitkämpfer aus. Könnte man stattdessen versuchen, die Parole von "Mietboykott" an die zu richten, die es eh satt sind, die hohen Mieten zu blechen? Dies wurde schon 80/81 versucht, lief aber ins Leere. Damals hätten wahrscheinlich ehr aufgrund des "Unrechtsbewußtseins" Mieter mitgemacht, aber nicht so sehr aus materieller Notwendigkeit, da die Löhne noch relativ hoch waren und die Wohnungsnot noch nicht so gravierend wie heute. Das sogenannte, von den Politikern ängstlich diskutierte "Unrechtsbewußtsein" entstand durch die Tatsache, daß viele Bürger sich dachten; wenn die (die Hausbesetzer) schon keine Miete zahlen, warum sollen wir dann noch zahlen? Wir denken, daß auch heute, sowohl auf politischer als auch materieller Ebene die Ausweitung der Kämpfe auf die Mieter noch zu früh ist. Es kommt aber vor allem darauf an, schnellstmöglich die Kämpfe auszuweiten. Wir können nur dann wirklich frei wohnen, wenn wir die gesamte Gesellschaft umwälzen. Der paramilitärische Kriegsvorbereitungsstaat duldet weniger denn je Freiräume. Doch wie,- das ist die vor allem entscheidende Frage.

Um jedes Mißverständnis auszuschließen, wollen wir hier noch betonen, daß wir Gewalt als Mittel, um zu siegen, um Erfolg zu haben, nicht ausschließen. Friedlich läßt sich die herrschende Klasse nichts wegnehmen. Es kommt aber darauf an, wann und wie sie eingesetzt wird. Die Militanz darf nicht zum Selbstzweck werden, sondern sollte auf ein Ziel hin orientiert sein. Das Ziel sollte aber nicht die Rückeroberung der geräumten Häuser bzw. Mietverträge sein, die Fehler von 80/81 wiederholen, die davon geprägt waren, "mit Mollies und Steinen" für Mietverträge zu kämpfen, sondern alle Produktionsmittel, die ganze Stadt, das ganze Land, die ganze Welt in unsere Hand zwecks Abschaffung des Kapitalismus. Wenn wir alles haben können - warum sollen wir uns dann mit so ein paar popeligen Häusern zufriedengeben? Seit wann macht Armut reich?

Um aber wirklich revolutionäre Kämpfe zu entwickeln, müssen wir den Angriff auf die gesamt arbeitende Klasse mit dem Wohnungselend (beschissene Architektur; Isolierung in den Wohnklos; Familienelend und Gewalt darin; hohe Mieten, Obdachlosigkeit) mit den Kämpfen dagegen (Aneignung von Häusern, Durchbrechung der Isolierung, dem Versuch kollektiver, neuer Lebensformen) verbinden,- aufzeigen, daß dies nur ein Teil des Elends ist. Nicht, das der Wohnraum Ware ist, ist das Schlimme, sondern daß der Kapitalismus

alles zur Ware macht und die, die ihre Ware Lohnarbeit nicht mehr verkaufen können, vom "Genuß" auch aller anderen Waren ausschließt!

Dies heißt ohne Zweifel, daß die Besetzerbewegung die gesamte Gesellschaft des Kapitals negieren muß, um die positiven Inhalte, wofür sie kämpft: eine Gesellschaft, in der die Ware generell aufgehoben ist, in den Vordergrund zu stellen.Denn nur in einer Gesellschaft, die von der Warenform in allen Aspekten befreit ist, ist auch der Wohnraum keine Ware mehr, sondern wirklich produktiver Gebrauchsgegenstand, der sich dann erst in Lebensqualität verwandeln kann.

Die Hausbesetzerbewegung 80/81 konnte diese Problematik - durch "Lebensgefühlvermittlung" entfalten, was z.T. ihre Stärke ausmachte. Die Schwäche war, daß sie trotzdem recht eindimensional in ihrer Politik auf die Häuser beschränkt blieb, daß sie ab April '81 anfing zu stagnieren, ab dem Zeitpunkt, wo das Fränkelufer geräumt wurde und die Beamten sich in die Telefonkette einschalteten. Rückläufig wurde sie, als der Streit zwischen Verhandlern und Nichtverhandlern begann und sich alles mehr oder weniger darum drehte, die eigenen Leute aus dem Knast zu kriegen. In einer Gesellschaft, die davon geprägt ist, jeden Angriff sogleich zurückzuschlagen, muß man vorangehen, darf sich auf dem gerade eben erreichten nicht ausruhen. Man sollte sich auch nicht darauf versteifen, verloren gegangene Gebiete zurückzuerobern, sondern sich lieber neuen Terrains zuwenden und vorzugehen.

Militanz als Selbstzweck wird durch Verzweifelung geprägt, die sich nicht mit einem weiterführenden Ziel verbindet, sondern durch die Wut geprägt ist, die blind für eine Perspektive macht. Diese Gefahr liegt in der jetzigen Situation und in der die Militanten dann umso schneller isoliert werden können. Die Weichen dafür sind längst in den Medienkampagnen und in den politischen Debatten der Parteien gestellt. Eine politisch-zivile Lösung wird bewußt nicht in Kauf genommen: das System setzt auf die polizeilich-militärische Variante. Die Zeit der Reformen ist damit endgültig vorbei. Damit kommen wir aber um eine subversivere Taktik nicht drumrum, die heißt: nicht dort angreifen, wo uns der Feind erwartet, ihm ausweichen, wo er provoziert - direkten Konfrontationen, wo er stärker ist aus dem Wege zu gehen.

Deshalb heißt es, auf verschiedenen Ebenen zu kämpfen und dafür verschiedene Waffen zu gebrauchen: Flugblätter, die auf Wohnungsnot und Kürzungen der Reallöhne eingehen verteilen. Verschiedene Kurzkundgebungen auf Märkten veranstalten, wo die ArbeiterInnen einkaufen gehen. Mit kleinen Gruppen in die Verwaltungen marschieren, dort Sit-Ins zu machen und Forderungen aufstellen, die mehr als die Besetzer betreffen, wie z.B. "keine Mieterhöhungen ab 1. Januar"! Ferner sollte die Dimension von Pleiten und Werkswohnungen analysiert werden, die eine ganze Reihe von Arbeiterfamilien betreffen, die von der Arbeitslosigkeit und dem Verlust des Wohnraums bedroht sind. Auch dazu sollten wir in Flugblättern, auf Kurzkundgebungen eingehen! Es hat sich übrigens gezeigt, daß ein großer Teil der Bevölkerung die Unifomierten keineswegs als Befreiungsarmee wahrnimmt, sondern ihre Anwesenheit arwöhnisch beäugt und ängstlich verfolgt. Auch dies kann man gezielt benutzen, wenn man dann sagt: "Das ist also jetzt die Demokratie, die man uns versprochen hat - das ist ja ein schlimmerer Polizeistaat als vorher!" Der Staat versucht die Unzufriedenheit in der Bevölkerung gegen die "Linken", "Chaoten", "Hausbesetzer", "Asylanten" usw. zu kanalisieren - wir müssen versuchen, ihn gegen den Staat zu lenken. Wir würden auch vorschlagen, daß nach Häuserräumungen Kirchen als Orte der Kommunikation benutzt werden. Zum einen waren sie dies in der DDR schon lange Zeit, man hat auch dort die Möglichkeit, das diffuse "Friedensspektrum" anzusprechen und gleichzeitig kann ausgetestet werden, wie sich die Kirchen zu den neueren Entwicklungen verhalten: ob sie sich auf die Seite des Polizeistaates stellen - oder ob sie uns die Möglichkeit geben, in den Kirchen zu bleiben.Und natürlich wäre es schärfstens zu begrüßen, wenn in vielen Städten Solidaritätsaktionen stattfinden. Wir haben heute die Möglichkeit, eine Ausweitung der sozialen Kämpfe zu bewirken, die das System direkt in Gefahr bringen kann! Wir müssen allerdings verschiedene Mittel parallel anwenden: friedliche Großdemonstrationen und gezielte, militante Anschläge, die aber immer darauf ausgerichtet sein müssen, die Kämpfe auszuweiten!

So, jetzt reicht's! Wir wollten eigentlich einen langen analytischen Teil bringen, den wir jedoch verschoben haben. Vielleicht könnte ja die "INTERIM" mal ne Sondernummer zu den Ereignissen produzieren und auch Texte der EX-Hausbesetzerbewegung mit aufnehmen?

Fight the Power

Ein Versuch nach vorne zu denken, denn wenn wir wissen, wo vorne ist, ist es klar, wo's lang geht

Es sind erst ein paar Tage vergangen, seit die Mainzerstraße und andere Häuser geräumt wurden. Wir können uns an dieser Stelle sowohl eine Chronologie der Ereignisse als auch eine Skizzierung der Brutalität, mit der die Räumungen durchgezogen wurden, ersparen.
Dagegen wollen wir ein paar Gedanken zu Diskussion stellen, die auf VVs kaum erötert werden können, aufgrund der dort herrschenden Stimmung und weil dort immer ne ganze Masse an Leuten versammelt ist.
Über hundert besetzte Häuser bedeuten viel Raum für Menschen, die anders als gewohnt zusammenleben möchten. Besetzte Häuser sind Experimentierfelder, Nester, Fluchtburgen, Räuberinnenhöhlen und Piratenschiffe. Besetzte Häuser sind befreiter Raum. Sie stellen eine Kraft da, die oft erst erkannt wird, wenn sie fehlt. Es ist klar, daß soviele wie möglich, also alle, erhalten werden müssen. Gehen wir nicht so leichtfertig mit der Geschichte um. Sprüche wie, es geht nicht nur um die Häuser könnten auch sagen, es geht auch um die Häuser. Und mit Militanz alleine haben wir noch kein Haus gehalten. Militanz ist kein Inhalt und darf nicht zum Selbszweck verkommen, sondern ist manchmal die einzige Sprache, die sie verstehen. Sie ist EINE von möglichen Antworten auf ihre Politik.
Die, die Verträge um jeden Preis abschließen wollen, haben noch nicht kapiert, daß es niemals nur um die Häuser gehen kann, sie sollten mal darüber nachdenken, was das Besondere an ihrem momentanen Leben im besetzten Haus ist. Nach Verträgen, die vereinzelt abgeschlossen werden, fängt der Schlamassel erst an. Das war zumindest eine Erfahrung der 80er Bewegung. Das war der elegante Schwenk zur Spaltungsgeschichte. Natürlich werden einige der Häuser um jeden Preis verhandeln wollen. Sie sollten sich dabei bewußt sein, daß sie mit ihrem schielen auf den Magi-Senat dessen Politik mit den Boden bereiten. Sie werden als Speerspitze verwand.
Das heißt für alle besetzten Häuser einen gemeinsam tragbaren Konsens zu suchen. Denn in der Gemeinsamkeit liegt die Stärke. Praktisch heißt das auch, andere Positionen auf einer VV nicht totzuschreien.
Einen weiteren wichtigen Beitrag zur Spaltung trägt die Repression bei. Die Ankündigung von Pätzold, in besonderer Schärfe gegen die militanten HausbesetzerInnen vorzugehen, ist erst einmal dicke Lippe. Bei der Räumung eine Militärparade zu inszenieren, heißt dem gegnerischen Feld zu zeigen, was alles eingesetzt werden kann um den Widerstand zu brechen. Das wirkt, darüber sollten wir uns nichts vormachen. Die Repression greift am ehesten da, wo mensch sich mit seiner Angst alleine fühlt. Funktionsfähige Gruppen sind das beste Mittel gegen Angst. Massenaktionen haben etwas euphorisches und damit angstfreies, die Angst kommt erst im Moment des Bewußtwerdens über die Aktion. Wenn mensch sich in einer Gruppe bewegt, von der er weiß, daß sie sich um einen kümmert, wenns schiefgelaufen ist, die zusammenhält, wenns brenzlig wird, die Angst nicht als Schwäche sieht, dann verliert Repression seine wichtigste Wirkung. Wo die Angst ist gehts lang, heißt nicht Augen zu und durch, sondern sich mit dem, was die Angst hervorruft (Knast, Prozess, Verletzung etx.) auseinanderzusetzen.
Anna und Artur haltens Maul ist uneingeschränkt richtig und wichtig. Was es aber wirklich heißt das Maul zu halten, wenn du mit einem Bullen Auge in Auge vor der Schreibmaschine sitzt, wirst du erst wissen, wenn du es hinter dir hast. Deshalb ist es notwendig, sich die Tatsache, was Aussagen für Konsequenzen haben, was U-Haft heißt usw. öfters vors inner Auge zu halten und mit seinen Spezies darüber zu reden, auch über die Angst und nicht nur über die Selbstverständlichkeit. Das fordert verantwortungsvolles Umgehen mit sich selbst und mit der Masse, in der mensch sich gerade bewegt. Was kann ich mir und den anderen zutrauen.
Ein weiterer wichtiger Punkt uns gegen Repression zu schützen ist die Unberechenbarkeit. Das bedeutet, daß wir uns ein breites Mittelfeld schaffen. Unser Widerstand sollte nicht auf militant reduzierbar sein. Wir sind in Deutschland die einzige Kraft, die es immer wieder fertig bringt soziale Konflikte auf die Straße zu treiben, wo sie auch hingehören, Menschen zu mobilisieren, die sich in ihrer Isolation handlungsunfähig fühlen. Das bedeutet, daß wir ein weites Spektrum an Aktionsmöglichkeiten aufzeigen (wie z. B. beim IWF), nach dem Motto "Widerstand ist machbar, Frau Nachbar". Es tut dem Kampf keinen Abbruch, wenn wir uns dabei amüsieren. Damit meinen wir nicht Bürgernähe, die hat meist was mit Vermittelbarkeit zu tun. Wir sind der Meinung, daß unsere vorgelebte Art des Andersseins mehr vermittelt, als es Flugblätter je könnten. Uns geht es um Leute, die aktiv werden wollen, aber nicht wissen wie. Außerdem verschärft ein breites Mittelfeld den Konflikt und schafft uns mehr Spielraum. Die Devise dabei ist geschickt und taktisch die vorhandenen Widersprüche ausnützen. Inszenieren wir z. B. eine symbolische Massenbesetzung, indem wir in der zweiten Hand und in der Tagespresse Adressen und Besichtigungstermine von leerstehenden Wohnungen in leerstehenden Häusern veröffentlichen. Die Wohnungssuchenden werden nur so strömen. Geben wir Zeitpunkte von Beratungsstunden für Wohnungssuchende bei Wohnungsbaugesellschafte, Spekulanten und Senat bekannt. Zugegeben, die Gedanken und Ideen sind zum Teil nicht neu, aber warum nicht aus der Geschichte lernen.
Auf jeden Fall ist es wichtig, den Druck, der momentan auf die besetzten Häuser ausgeübt wird umzulenken, wohin er auch gehört, auf das Thema Wohnungsnot. Wir müssen verhindern, daß sie unseren Widerstand, das was uns bewegt, in Tränengasschwaden und mittels Repression ersticken können.
Fight the Power – auf allen Ebenen – listig und mit langem Atem

ein paar radikale Sympathisantinnen





TOP SECRET

OGGERSHEIM

← Takatuka Land

Tuka Land Taka →

3 th Cavallerie

Führerbunker

Bingo Bongo Indianer

Bingo Bongo Bombe

Zündkabel

Mauer des gelben Mannes

Betr.: Hetzkampagne Hafenstraße Beweismittel A

AUS EINBRUCH

NEUES VON DEN HERREN DES MORGENGRAUENS



Am Dienstag, den 6.11 war in Freiburg mal wieder Hausdurchsuchungstango angesagt. Von 6³⁰ bis 10⁰⁰ wühlten die Herren des Morgengrauens vom LKA-Stuttgart die Wohnung einer Person - bekannt gründlich - durch. Einen Durchsuchungsbefehl hatten sie dabei, ausgestellt vom Oberlandesgericht Stuttgart, begründet mit einem Verfahren "wegen des Verdachts des Werbens für eine terroristische Vereinigung", für die gesamte Wohnung, das Auto nicht zu vergessen.
Desweiteren ermittelt das OLG und LKA gegen "unbekannte Verfasser, Hersteller und Weiterverbreiter der Druckschrift "AUSBRUCH", Nr. 12, August/September 1990,.."



In diesem Rahmen politischer Justiz fand bereits am 23.7.90 Durchsuchungen von LKA und BKA statt: im Infoladen SUBITO und in einer Privatwohnung. Dazu gab's ja auch schon mal ein Flugblatt mit dem "Blick nach vorn im Zorn".
Im Infoladen wurden damals fünf verschiedene Nummern der Zeitung AUSBRUCH beschlagnahmt, Nr.6 und 7 laut Durchsuchungsbefehl, Nr. 8,9,10 nahmen sie als Zugabe gleich mit.
Ansonsten war das Ganze, bezogen auf die Zeitung, ein Schlag ins Wasser, 1. Teil! In diesem Zusammenhang ist aber nicht zu vergessen, daß diese Spitzel immer gerne Informationen über linke Projekte und Bewegungen sammeln. Und der Infoladen ist von seiner Zielsetzung und Praxis her, ihnen bestimmt ein Dorn im Auge.
AUSBRUCHsmäßiggings dann mit der Beschlagnahme der Nr. 12 bei einer Personen überprüfung auf Freiburgs Straßen weiter. Gegen jene Person wurde ein Ermittlungsverfahren eröffnet, weil, so die Begründung des OLG, gleichzeitig ein politisches Papier gefunden wurde. Somit sei anzunehmen, daß, wer Zeitung und Papier besitzt, er/sie beides zusammenbringen will. (Siehe AUSBRUCH Nr.13)
Bei dieser Person waren sie nun also. Und haben dabei einige ihnen wohl fehlende Nummern an Zeitungen ergänzt: Vor allem das Titelbild der Nr.9 hat ihnen wohl besonders gefallen.

WARUM WIRD DIE ZEITUNG "AUSBRUCH" KRIMINALISIERT??

Aus den Diskussionen vor, während und nach dem Hungerstreik der Gefangenen aus RAF, Widerstand und sozialer Gefangenen letztes Frühjahr entstand die Zeitung AUSBRUCH "Freie politische Information und Kommunikation" war eine zentrale Forderung des Streiks gewesen. Die Zeitung sollte ein Forum sein, diese Diskussion zwischen Drinnen und Draußen zu führen, und, was ja als Grundlage dazu notwendig ist, zwischen Draußen und Draußen.
Sie ist aber zwischen Drinnen und Drausen beim momentan herrschenden Kräfteverhältnis kaum/nicht möglich: Fast keiner/m Gefangenen wird die Zeitung ausgehändigt, und in den Knästen ist eine Diskussion untereinander durch die Isolationsbedingungen, Postzensur und sonstiger Schikanen nicht realisierbar.



"EINE AUSEINANDERSETZUNG UM DIE WEITERENTWICKLUNG EINER STARKEN! RADIKALEN! LINKEN! BEWGUNG! kann nicht nur Knastkampfperspektive und die Drinnen/Draußen "Einheit" umfassen, sondern muß die gesamte Vielfalt und Inhaltlichkeit der linken Bewegung berücksichtigen."

AUSBRUCH Nr.4

Diese Zitat macht die Notwendigkeit des Austauschs und Streits ▬ deutlich.

Inhaltlich drückt sich das in der Zeitung durch eine weite Diskussions- und Themenpallete aus.

Daß daher verschiedene praktische und theoretische Ebenen linker radikaler Politik ein gemeinsames Forum benutzen,ist wohl ein zentraler Punkt für die Verfolgungswut der Bullen und Gerichte.Die Verknüpfung von bspw. materiellen Schäden durch einzelne Gruppen mit einer prinzipiell breiten Diskussion, müssen sie fürchten, schließlich könnten ja noch mehr Frauen und Männer tätlich werden, in diesem System von HERRschaft und Ausgrenzung, Lohnarbeit und unbezahlter Arbeit,(Umwelt-) Vernichtung.





So gab und gibt es genug Beispiele, wie immer wieder linke Zeitungsprojekte mit der Mehrzweckklatsche §129a zum Schweigen gebracht werden sollen; aktuell läuft bspw.gegen ein Kölner Projekt - die'Agitare bene(gut schütteln)' - auch ein vergleichbares Verfahren. Andere Beispiele, geschenkt, es gibt zu viele, und jammern - zu jammern gibt es hier auch nichts [(oder schon genug)]

Hier in Freiburg geht's den Bullen wohl schon längerdrum, die renitente Linke trocken zu legen. Die besetzten Häuser sind ja alle weg, also müssen die politischen Strukturen weiter kaputtzuschlagen sein. Doch - so wie die Dinge laufen - stochern die Bullen im Trüben.Der Infoladen arbeitet nach wie vor: Öffnungszeiten Mo.Di.Do.17°°-20°° und die AUSBRUCH wird weiterhin verfasst, gedruckt und verkauft!

So war diese jüngste Hausdurchsuchung ein Schlag ins Wasser; 2. Teil.
Keine Spuren von Ausbruchherstellung oder Verteilung waren zu finden, was, nach Augenzeugenberichten, die Bullen nicht ganz glücklich erscheinen ließ.

Trotzdem ist das kein Grund zur Entwarnung. /Auch diesmal haben sie eine Wohnung durchschnüffelt und Material beschlagnahmt: Ein Brief von Helmut Pohl,Gefangener aus der RAF,eine Prozeßerklärung von Andrea Sievering,Gefangene aus dem Widerstand, ein Demoaufruf zu einer KurdInnendemo, Typenräder und Schreibmaschinenbänder, eine topographische Karte von Wyhl(hochaktuell).

Außerdem wollen sie von einigen Gegenständen die Eigentumsverhältnisse klären in der Hoffnung, sich daran schadlos zu halten.



¡ EINSTELLUNG ALLER § 129a-VERFAHREN ! !!!!!!!!!!!!!!!

FÜR FREIE POLITISCHE INFORMATION UND KOMMUNIKATION ¡¡¡¡¡¡

DURCH ALLE MAUERN ! !!!!!!!

!!!!!!!!!!!!!!!

Falls es nun noch Frau oder Mann interessiert, wo es diese Zeitung gibt: Infoladen Subito, Jos Fritz - etwas teurer - ,Strandcafe und vielleicht auch hier in dieser Kneipe.

25. November - Internationaler Widerstandstag "Gegen Gewalt gegen Frauen".

Am 25.November, 14 Uhr

Rathaus Neuköln

Demo gegen rassistische und sexistische Gewalt gegen Frauen!

Abends Fest für Frauen und Lesben!!

Im November 1960 wurden in der Dominikanischen Republik drei Frauen, die als Prostituierte arbeiteten, vergewaltigt und gefoltert. Sie hatten sich Männern aus der Regierung verweigert. Dieser Tag wurde 1981 auf einem internationalen Frauenkongreß in Kolumbien, Bogota zum Widerstandstag "Gegen Gewalt gegen Frauen" ausgerufen. 1988 wurde er erneut von philippinischen Frauen zum Aktionstag erklärt.

Heute vor einem Jahr waren wir auf der Straße, um gegen Sextourismus und Frauenhandel zu demonstrieren. Heute demonstrieren wir gegen die alltägliche Gewalt gegen Frauen, gegen den neuen und alten Rassismus der Deutschen.

Deutschland ist im Vereinahmungstaumel, die "restliche" Welt scheint in der Bedeutungslosigkeit zu versinken. Firmen und Konzerne strecken gierig wie Kraken ihre Finger nach neuen Absatzmärkten. Politiker gebärden sich nach guter deutscher Tradition und in patriarchaler Ideologie als wirtschaftliche und politische Kolonialherren. Dem großdeutschen Weltmachtsstreben soll nun nichts mehr im Wege stehen. Schon gar nicht die Erinnerung an die deutsche Geschichte, an Rassismen, Selektion und Völkermord. In Verleugnung der NS-Vergangenheit und unter dem Anschein einer demokratischen, multikulturellen, völkerverständigenden Fassade werden neue Mauern errichtet. Durch die Verschärfung der Asylgesetzgebung und der am 01.01.91 in Kraft tretenden neuen Ausländergesetze werden Mauern um Westeuropa errichtet. Mauern, die beispielhaft für Rassismus und Ausgrenzung sind. In einem vereinten Europa werden Netze gespannt, u.a. durch den Ausbau und die Perfektionierung der Überwachungssysteme, in denen jede hängen bleibt, die wirtschaftlich nicht verwertbar, politisch nicht erwünscht ist.

Innerhalb dieses "Herrenhauses" Europa baut die BRD als stärkste Wirtschaftsmacht ihre Vormachtstellung und Vorreiterposition aus. Gleichzeitig wird nach innen eine Politik der Gleichschaltung betrieben, die in der BRD ein Klima schürt, das sich hemmungsloser als zuvor gegen "ausländische", "nichtdeutsche" Menschen richtet, gegen "Andersdenkende"- eben gegen alle, die sich nicht in das Bild des "Einig-Deutschen-Vaterlandes" integrieren lassen.So paßt es auch hervorragend ins Bild, wenn das Bundesverfassungsgericht ein Urteil gegen das kommunale Ausländerwahlrecht fällt mit der Begründung, daß alle Demokratie vom Volke ausgehe und mit "Volk" natürlich das deutsche Volk gemeint sei.

Hetze - gegen Frauenselbstbestimmung (§218)- und, wie in der CDU Wahlpropaganda gegen "Ausländer", "Chaoten", "Jugendbanden"- findet ihre Praxis in immer skrupelloseren sexistischen und rassistischen Überfällen und Angriffen.

Den Frauen, die sich der herrschenden Ideologie widersetzen und sich nicht zum Objekt materieller, kultureller und sexueller Ausbeutung reduzieren lassen, wird deutlicher als zuvor vorgeführt, wer der Herr im Hause Deutschland ist.Dieser Herrschaftskultur setzen wir einen entschlossenen Frauenwiderstand entgegen.

WIR KÄMPFEN FÜR EIN BEFREITES UND SELBSTBESTIMMTES LEBEN!!!

Diesen Kampf wollen wir gemeinsam mit anderen Frauen führen, ganz gleich, aus welchem Land sie kommen, welche Hautfarbe sie haben. Rassismus und Sexismus treffen uns Frauen in unterschiedlicher Form- je nach Herkunft und sozialer Position. So verlangt z.B. das neue Ausländergesetz, sich an der Politik gegen "ausländische" Frauen und Männer aktiv zu beteiligen. Es sollen Informationen über NachbarInnen, KollegInnen, MitschülerInnen an die datensammelnden Behörden weitergegeben werden; es soll denunziert werden, um Abschiebungsgründe zu liefern. Frauen sind in diesem System von Rassismus verschiedene Rollen zugedacht. Alle von Sexismus betroffen, sollen wir - je nach Nationalität und Hautfarbe - in erwünschte und unerwünschte Frauen aufgespalten; unsere jeweiligen Funktionen erfüllen.

SOLANGE WIR DIES NICHT ERKENNEN UND UNS DAGEGEN ZUR WEHR SETZEN, TRAGEN WIR RASSISMUS MIT!!

Wir wollen voneinander wissen, uns austauschen, um uns gemeinsam wehren und unterstützen zu können.

Gegen den täglichen Sexismus
- konzerngesteuert durch aufgeblasene Frauenbilder der Pornoindustrie,
- aufbereitet von BZ bis TAZ,
- verhökert im Kiosk und Zeitungsladen.

Gegen den täglichen Sexismus, der sich im "normalen" Verhalten der Männer zeigt:
- in lüsternen Blicken, Angriffen, Vergewaltigungen
- und in anderer Form in der Ehe, Kleinfamilie und der gesellschaftlich verordneten Zwangsheterosexualität.

Gegen die weltweite Be- und Entvölkerungspolitik, die für die einen Frauen Abtreibungsverbot heißt, für die anderen Sterilisation - für ganze Bevölkerungsteile oder Völker Vernichtung durch Hunger.

Im Bewußtsein der unterschiedlichen Auswirkungen dieser menschenverachtenden Politik, suchen wir die Auseinandersetzung mit anderen Frauen, kämpfen wir gemeinsam!

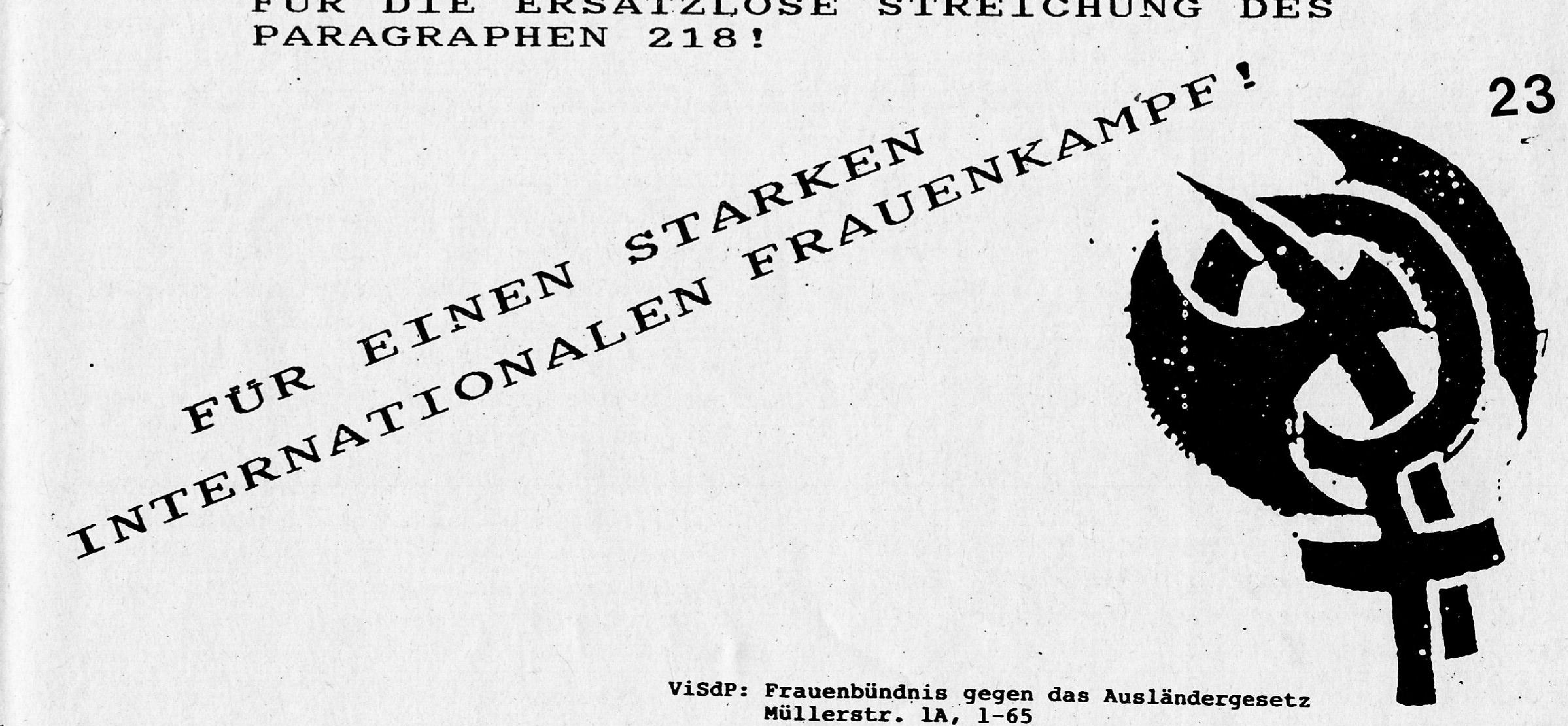
Wir lassen uns nicht zu Denunziantinnen machen!
Wir hören nicht weg, wenn Frauen schreien!
Wir gehen nicht darüber hinweg, wenn Frauen angegriffen werden!

WIR HALTEN ZUSAMMEN, WIR WEHREN UNS, WIR GREIFEN EIN!!

Wir gehen nicht darüber hinweg, wenn "ausländische" Frauen und Männer angepöbelt werden, wir mischen uns ein!

WIR SCHLAGEN ZU!!

GEGEN EIN NEUES GROßDEUTSCHLAND!
WEG MIT DEM AUSLÄNDERGESETZ!
FÜR OFFENE GRENZEN- BLEIBERECHT FÜR ALLE!
FÜR DIE ERSATZLOSE STREICHUNG DES PARAGRAPHEN 218!



ViSdP: Frauenbündnis gegen das Ausländergesetz
Müllerstr. 1A, 1-65



Wahlrecht für Alle! Kampf dem Rassismus!

GEGEN DIE RASSISTISCHEN AUSLÄNDERINNENGESETZE

DEMO gegen die rassistische Wahlkampagne

am Samstag den 1.12.90
um 13.00 Uhr
Ort: Adalbertstr. (Bauernhof)

Am 2. Dezember 1990 findet die erste Reichstagswahl seit 1933 statt. Zusammen mit der Berliner Abgeordnetenhaus-Wahl. Die Bevölkerung der BRD einschließlich der ehemaligen DDR soll an diesem Tag nachträglich den Anschluß mit "Volkes Stimme" absegnen.

Doch 5 Millionen Menschen, die in den neuen Grenzen dieses Landes z. T. seit vielen Jahren leben, wählen nicht mit!

Denn nur wer hier als Deutsche(r) anerkannt ist, darf für sich die minimalen bürgerlichen Grundrechte in Anspruch nehmen, z. B. das selbstverständliche Recht, zu wählen.

Und Deutsche sind nach dem Gesetz nur diejenigen, die einen deutschen Vater oder eine deutsche Mutter nachweisen können. In wessen "Adern" also kein deutsches "Blut" fließt, der/die hat hier zwar viele Pflichten, aber keine Rechte!

Das ist blanker Rassismus!

Stellen wir uns mal vor, z.B. Berlin: Wir Menschen aller möglichen Nationalitäten leben hier seit Jahren zusammen. Wir haben jahrelang oder sogar seit unserer Geburt unseren Lebensmittelpunkt hier – die EinwanderInnen und Flüchtlinge oft länger als die Deutschen unter uns. Egal, aus welchem Land wir kommen, wir arbeiten hier, feiern, gebären Kinder, ärgern uns über beschissene Vermieter, unverschämte Sachbearbeiter auf den Ämtern oder blöde Lehrer – kurz, wir haben zwar viele gemeinsame Probleme und lästige Pflichten – aber nicht dieselben Rechte!

Am 2. Dezember kann sich die deutsche Bevölkerung überlegen, ob sie überhaupt wählen <u>will</u> oder nicht!

Klar ist, daß wir durch unsere Stimmzettel die politischen Verhältnisse in diesem Land nicht großartig beeinflussen oder gar verändern können! Nur wenn wir uns zusammentun, und unsere Interessen selbst in die Hand nehmen, haben wir die Chance, uns ein menschenwürdiges Leben zu erkämpfen.

Die "AusländerInnen" brauchen sich jedoch über ihr Verhalten bei der Wahl gar keine Gedanken zu machen. Das minimalste Recht der politischen Äußerung gilt gerade für diejenigen nicht, die von den Folgen des neuen Deutschen Nationalismus am schärfsten betroffen sind: Großdeutscher Taumel entlädt sich zunehmend gegen alle "Nicht-Deutschen"!

Tätliche Angriffe durch Nazis, oder rassistische Bürgerwehren, Beleidigungen und Erniedrigungen allerorts, Beschimpfungen durch die Medien nehmen rasant zu!

Wer hat hier denn ein Interesse an der rassistischen Diskriminierung eines Teils der Bevölkerung?

1964: der 1000000ste "Gast"-Arbeiter wird begrüßt

Heute: "Gast"-Arbeiterin, erschöpft durch die gute Behandlung der Gastgeber

"Ausländer sind Gäste, nicht Bürger, und von daher auch nicht Mitbürger ... man sollte ihnen nicht einen Teil der Herrschaft überlassen ... und ihre Zahl auch nicht zu groß werden lassen" (Alfred Dregger CDU).



Heute: "Gast"-Arbeiter, sein Gastland verlassend

Die Mächtigen dieses Landes hatten an den EinwanderInnen schon immer nur EIN Interesse: junge, leistungsfähige und billige Arbeitskräfte, die ihren Mund halten, Steuern zahlen aber das "soziale Netz" nicht für sich in Anspruch nehmen sollen. Mit dem neuen "AusländerInnen" Gesetz, das ab 1991 in Kraft tritt, hat die Regierung sich ein ausgeklügeltes juristisches Instrument geschaffen, um alle "unerwünschten" EinwanderInnen ein für alle Mal los zu werden: Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen, diejenigen, die sich die Behandlung als rechtlose Arbeitstiere nicht widerstandslos gefallen lassen, Jugendliche, die sich gegen die ständigen rassistischen Angriffe auf der Straße zur Wehr setzen oder Familien, die "zu viele" Kinder bekommen, für die in der deutschen Wirtschaft kein Platz mehr ist.

Die Behandlung von Minderheiten hat in diesem Land eine böse Tradition. Genauso, wie großdeutsche Machtträume und rassistische Sondergesetzgebung!

Wir werden nicht zusehen wie einzelne unter uns wieder fertig gemacht werden aufgrund ihrer Herkunft oder Hautfarbe!

Wir lassen uns durch rassistische Maßnahmen der Mächtigen dieses Landes nicht untereinander spalten!

Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen Oben und Unten!

Weg mit dem rassistischen "AusländerInnengesetz"!

INFO-Veranstaltung

mit einem Rechtsanwalt zum rassistischen Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegen das allgemeine kommunale Wahlrecht:

Verfassungsgericht bestätigt Kolonialstatus der nichtdeutschen Bevölkerung!

am **Do.** den 29.11.90 um 19.00 Uhr im **Halk evi** Kottbusser Damm 74, 1/44

13. Neuköllner Kiez Flugschrift

Jetzt packen wir es an !

Schicken wir die Spekulanten in die Wüste!

Wohnungsnot, Obdachlosigkeit, explodierende Mieten... seit über zwei Jahren tauchen diese Begriffe in der öffentlichen Diskussion immer wieder auf. Alle haben schon davon gehört, allzu viele sind davon betroffen. Aber die soziale Zeitbombe scheint noch nicht zu zünden, denn ähnlich wie bei der Massenarbeitslosigkeit haben es die HERRschenden geschafft, die meisten Menschen an diese Situation zu gewöhnen. elbst die meisten der direkt Betroffenen finden sich eher damit ab und suchen nach individuellen Lösungen, als sich Sgemeinsam zu wehren. Dies liegt mit Sicherheit an fehlenden Perspektiven, wie es möglich sein kann, die Verantwortlichen aus Politik und Wohnungsbaumafia, unter Druck zu setzen. Patentrezepte haben auch wir nicht auf Lager, aber wir wissen, daß sich nur dann was verändert, wenn wir uns gemeinsam wehren. Denn wir haben noch nie etwas geschenkt bekommen, alle Verbesserungen unserer Lage sind in oft langen Auseinandersetzungen erkämpft worden. Deshalb Widerstand statt Anpassung!
Schicken wir die Spekulanten in die Wüste!
Die jetzt am stärksten von der Wohnungsnot Betroffenen sind - besonders wegen des Winters - die Obdachlosen und die Menschen, die wegen geringer Einkommen auf "billige" Mieten angewiesen sind. Eine unserer Forderungen ist deshalb, daß alle leerstehenden Wohnungen sofort bewohnbar gemacht und an Menschen vergeben werden, die den Wohnraum dringend brauchen!
So wie beispielsweise auch AusländerInnen. Sie müssen nach dem neuen "Ausländergesetz" ab 1. Januar '91 "ausreichenden Wohnraum" nachweisen, um nicht von Abschiebung bedroht zu sein. Eine fünfköpfige Familie muß dann eine 105 qm große Wohnung haben!

Leerstand ist kein Zustand !

25 000 Wohnungen stehen im Ostteil Berlins leer, 10 000 im Westen, und 1500 davon hier in Neukölln. Dem stehen 13 000 Obdachlose und eine Viertelmillion Wohnungssuchende gegenüber. 40 000 Menschen davon leben in dubiosen Untermietsverhältnissen, kriechen mal hier, mal da bei Freunden unter oder suchen sich zeitweise eine Unterkunft über Mitwohnzentralen. Schon jetzt reden Politiker und führende Figuren der Wohnungsmafia von einem Wohnungsfehlbestand von 145 000 Wohnungen in Gesamtberlin. Sollte Berlin Regierungssitz werden, dürfte die Zahl rapide steigen. Aber die Konkurrenz um den Wohnraum belebt ja schließlich das Geschäft, und für die Spekulanten steigt durch den Fehlbestand vor allem ihr Kontostand!

Doch Gesamtberlin ist mehr als die Summe seiner Leerstands- und Obdachlosenzahlen. Großberlin als Hauptstadt heißt auch, daß aus ehemaligen Randbezirken Innenstadtbezirke geworden sind. Die rasant steigenden Gewerbemieten haben zu allererst die Kleingewerbetreibenden in Wedding, Kreuzberg und Neukölln zu spüren bekommen. Die alten ArbeiterInnenbezirke sollen durch verstärkte mietpreistreibende Modernisierungen und sog. Wohnumfeldverbesserungen für Gutbetuchte attraktiv werden: Noble Einkaufsmeilen, teure Restaurants und Hotels u.ä.. Die Menschen, die in die aufgeputzten Kieze nicht mehr reinpassen, also SozialhilfeempfängerInnen, AusländerInnen, Arbeitslose oder Menschen mit geringem Einkommen werden durch die steigenden Mieten über kurz oder lang aus ihren Stadtteilen vertrieben. Diese Umstrukturierung unserer Kieze müssen wir verhindern! .

"Stadt und Land" in MieterInnen-Hand !

Die senatseigene "Stadt und Land Wohnbauten GmbH" , die im Westen Berlin 20 000 Wohnungen besitzt, ist ein Wegbereiter der Umstrukturierung in Neukölln: das reicht von der Kahlschlagsanierung des Rollbergviertels bis zum geplanten Konsumtempel "Forum Neukölln", von massenhaftem Leerstand und der Vernichtung von Wohnraum in der Wissmannstr. bis zu der Tatsache, daß im Rollbergviertel nur eine bestimmte "Quote" von AusländerInnen eine Wohnung bekommt. Damit nicht genug. Um weiter

Geld zu scheffeln, hat "Stadt und Land" im Zuge der Einverleibung der DDR die Häuser der Kommunalen Wohnungsverwaltung in Treptow und Lichtenberg übernommen. Die Zentrale der Gesellschaft in der Neuköllner Werbellinstraße wurde am 12.11. besetzt. Warum? Am selben Tag sind in der Lichtenberger Pfarrstraße zwei seit langem besetzte Häuser auf Antrag der "Wohnungsbaugesellschaft Lichtenberg/Treptow" geräumt worden. Doch hinter diesem Namen verbirgt sich nichts anderes als das Management von "Stadt und Land".
"Stadt und Land" ist also zusammen mit dem Senat direkt für die Häuserräumungen verantwortlich! Trotz vorheriger Verhandlungen zwischen BesetzerInnen und Besitzerfirmen wurden die Häuser ohne Vorankündigung geräumt. Der sich spontan entzündende Widerstand wurde zum Vorwand genommen, um in einem bürgerkriegsähnlichen Polizeimanöver die Mainzerstr. zu räumen. Wer versucht, Widerstand gegen Wohnungsnot und Mietausbeutung gealtsam zu brechen, sollte sich über Gegengewalt nicht wundern!
Rücknahme aller Strafanträge und Rückgabe der geräumten Häuser!!
Keine weiteren Räumungen!!

Organisieren wir uns gegen Mietausbeutung, Spekulantentum und Stadtteilzerstörung!
Schicken wir die Spekulanten, Miethaie und Politiker in die Wüste! Miete ist Ausbeutung, Obdachlosigkeit ist Mord - Enteignung aller Hausbesitzer jetzt sofort !!

Deshalb:

Demonstration für die sofortige Winterfestmachung leerstehenden Wohnraums und Belegung mit Menschen, die ihn dringend brauchen!
Für die Enteignung von "Stadt und Land"!

Do. 29.11. um 17 Uhr , Karl Marx Platz

MieterInnencafe
für die Organisierung einer starken MieterInnenbewegung! Jeden Mittwoch von 16 - 19 Uhr im Stadtteilladen LUNTE, Weisestr. 53, 1-44 (U-Bhf. Boddinstr.).

Diskussion
mit Kommandantin Rebeca Palacios
von der salvadorianischen Befreiungsbewegung FMLN

Wir wollen die Diskussion an den Anfang der Veranstaltung stellen um genügend Zeit zu haben, für die uns hier wie dort betreffenden Themen. Den Info-Teil über die Situation in El Salvador stellen wir an den Schluss.

Die FMLN-Kommandantin hat bei der Offensive Ende letzten Jahres an der Süd-Westfront teilgenommen. Sie ist zur Zeit auf einer Rundreise, um mit der west-europäischen Solidaritäts- und Internationalismusbewegung zu diskutieren. Wir denken für die Veranstaltung in Berlin an folgende Themen:



Die Verschiebung der internationalen Kräfteverhältnisse

Volksmacht - Staatsmacht; mit dem Ende des Realsozialismus zu einem neuen Begriff von Befreiung!?

El Salvador - ein Jahr nach der Offensive

Freitag, den 23.November 90, 19 Uhr 30, im Mehringhof, Gneisenaustr.2a, 1/61, Versammlungsraum

BEI KRIEGSAUSBRUCH: KOPF EINSCHALTEN!

Wir müssen strategisch vorgehen lernen!
(Kritik zu Titelblatt und Artikel, S. 3 der letzten Interim, Nr. 122)

Seid ihr jetzt eigentlich völlig durchgeknallt? "Bei Kriegsausbruch: 20 Uhr Breitscheidplatz" ?! Was ist das für eine merkwürdige Art der Vorsorge?
Mal abgesehen von dem Zynismus, den diese Art der "Kriegsvorbereitung" ausstrahlt, der sich wenig davon unterscheidet, wenn Amnesty international vorsorglich ein Spendenkonto für die Flüchtlinge und Kriegsopfer freimacht oder die Grünen eine abgewogen empörte Presseerklärung vorbereitet, die am Tag des Kriegsausbruchs nur noch aus der Schublade gezogen werden muß - also abgesehen davon: Was wollen wir am Breitscheidplatz?

Wir demonstrieren unter der so sauberen wie banalen Parole "Krieg dem Kriege". Gegen wen oder was demonstrieren wir dabei, außer gegen die Schrecklichkeit des krieges als solcher? Ja, da wird's schon schwierig. Die Dinge liegen verzwickt. Es geht nicht nur gegen den westlichen, zunehmend westöstlichen, immer mehr auch den deutschen Imperialismus. Das würde uns ja dem Diktator und Völkermörder Saddam Hussein in die Arme treiben. Gegen dessen expansionistische Politik und Vernichtungsfeldzüge gegen z.B. die Kurden wenden wir uns natürlich genauso. Irgendwie wollen wir uns an die Seite der Menschen stellen, die im Machtkampf zwischen den Blöcken zerrieben werden. Aber wie? Na, ist ja egal, denn "diese Knackpunkte lassen sich genauso sicher nicht durch Nicht-Verhalten aufbrechen?" (Papier, Interim 122, Seite 3 "weit weg - da unten am Golf")

Mit dieser verblüffenden Begründung machen wir uns also am Tag X auf zum Breitscheidplatz ohne die geringste Ahnung, wie sich unsere Empörung auf die tatsächliche Frontlinie, auf die wir uns beziehen, auswirken könnte. Wir erklären einen "Krieg" und wir haben keine Vorstellung davon, wie dieser "Krieg" denn aussehen könnte. Es werden ein paar Scheiben eingeworfen, wenns hohkommt, und unsere Parolen "Salvador, Libanon, Türkei - bei jeder Schweinerei ist die BRD dabei" oder "Deutsche Waffen deutsches Geld morden mit in aller Welt" werden den BürgerInnen die Augenöffnen und die Herrschenden das Fürchten lehren!
Und die Menschen am Golf, die aus ihren plattgemachten Dörfern in den Kriegsgebieten fliehen, werden wissen (sollte sie die Nachricht unserer "Kriegserklärung"erreichen) das tröstliche Gefühl haben, daß wir im Geiste an ihrer Seite sind!

Also Beschränkung auf die Parole "Krieg dem Krieg", weil's politisch korrekt ist, weil es eben auch "unsere Schwierigkeiten einer Positionsbestimmung darin" ausdrückt (Zitat "weit weg..")?
Wen interessieren diese Schwierigkeiten eigentlich? Doch nur uns selber, weil wir halt ein mulmiges Gefühl dabei haben, Zaungäste in diesem Macht-Kampf zu sein. Der agitatorische Gebrauchswert der Parole ist gleich Null!
Das scheint die, die die ganze Zeit trommeln, wir müßten uns unbedingt zu dem Machtkampf am Golf"verhalten", nicht sonderlich Kopfzerbrechen zu bereiten.

Woher kommt dann aber der Druck, daß wir ausgerechnet in DIESEM Machtkampf zwischen Blöcken mit imperialistischem Anspruch eingreifen müssen? Der Kampf der Herrschenden um die Aufteilung der Welt in Einfluß-und Interessensgebiete findet immer und überall statt. Seine Frontlinien liegen fast immer quer zu den tatsächlichen Klassenkriegen. Die Lebensbedingungen der Menschen verändern sich dadurch, selten können wir sagen, ob zum besseren oder zum schlechteren.
Die KurdInnen werden vom irakischen Gaskrieg und vom türkischen Nato-Kettenhund in unterschiedlicher Weise aber im gleichen Maß in die Zange genommen.
Die Frauen im Iran wurden vom sexistischen Freiwild nach westlichem Muster unter dem Schah-Regime zu Opfern islamischer Gesetzbarkeit unter Khomenis Fundamentalismus. In endlosen Diskussionen verzetteln wir uns darin herauszufinden, was denn jetzt - relativ gesehen - besser oder schlechter ist.
Dabei haben wir praktisch keine Beurteilungskriterien und greifen auf rein moralische Kategorien zurück.

Was fehlt, ist eine Analyse der Auswirkungen auf die BEDINGUNGEN DER KLASSENAUSEINANDERSETZUNGEN. Denn wenn sich der Charakter der Repression ändert, paßt sich auch der Widerstand diesen neuen Bedingungen an.
Was also fehlt, ist eine STRATEGISCHE EINORDNUNG anstelle einer moralischen Bewertung von politischen Krisen und Umbrüchen.
Dazu ist es notwendig, die Dinge nüchtern zu betrachten und sich nicht in den Sog des bürgerlichen Gejammers über die Schrecklichkeiten des Krieges hineinziehen zu lassen. Dadurch ribbeln wir uns an den Erscheinungsformen imperialistischer Gewalt ab, ohne den Ursachen einen Schritt näher zu kommen.

Eine strategische Einordnung, das ist es auch, was uns fehlt, wenn wir entscheiden, bei welchem Anlaß wir unsere Kräfte konzentrieren und etwas in Bewegung bringen wollen. Die Frage ist also weniger, wo ist es berechtigt sich einzumischen, und wo nicht, sondern, wo können wir was erreichen?
Das könnte sein:

- eine bessere Ausgangsposition für weitere Kämpfe herzustellen,
- exemplarisch etwas auf den Begriff zu bringen, der sich im Bewußtsein der Öffentlichkeit erfolgreich verankern läßt,
- einen Konflikt so zu verschärfen, daß er durch Spaltung einer verschwommen gewordenen Bewegung zu einer präziseren Zielbestimmung zurückführt,
- oder einen Konflikt so zu verallgemeinern, daß durch Einbeziehung eines großen Spektrums eine punktuell große politische Kraft aufgebracht werden kann

Das sind willkürlich zusammengestellte Untersuchungs-Gesichtspunkte, die sicher zu diskutieren und zu ergänzen sind.

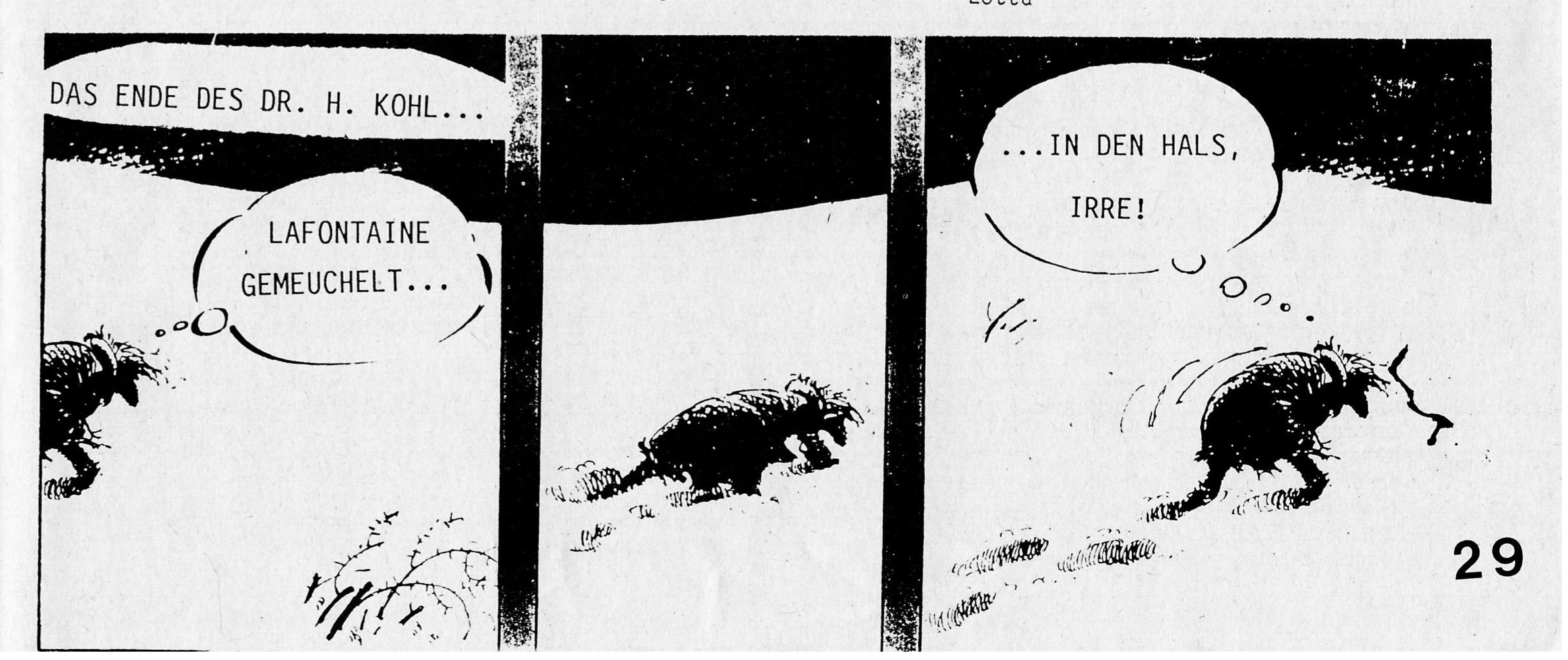
Eine strategische Entscheidung über Auswahl, Art und Zeitpunkt unserer Aktionen setzt allerdings voraus, daß die Vorstellungen unseres politischen Zieles mehr als nur eine vage Ahnung sind, daß sie kommunizierbar sind und daß sich eine weitgehende Übereinstimmung darüber herstellen läßt.
Und darin dürfte im Augenblick wohl das Problem liegen. Wenn das Ziel nicht klar ist, können wir schwer entscheiden, was der richtige Weg dahin ist.

Was dann bleibt, ist, daß Widerstand natürlich immer gerechtfertigt ist. Darauf können wir uns jederzeit zurückziehen. Und so sieht denn auch unsere Praxis aus: Die Polit-Termine, denen wir Woche für Woche hinterherhetzen,

sind mehr ein sinnstiftendes Freizeitprogramm als eine politische Notwendigkeit. Montag: Flüchtlingsgruppe, Mittwoch: Knastgruppe, Donnerstag: Shell-Plenum, Samstag: Kiezdisko zugunsten der besetzten Häuser.
Alles ein bißchen und nix mit ganzer Kraft.
Und so sehen auch die Aktionen und Kampagnen aus: Halbherzig, das eigene Scheitern schon vorwegnehmend, auf einen Multiplikationseffekt in der Bevölkerung oder der angesprochenen Zielgruppe spekulierend, der wir damit einen größeren Kampfwillen zutrauen als uns selber. Wenn es ohne größere Resonanz im Sande verläuft, wenden wir uns achselzuckend ab, der nächsten Aktion zu. Unsere RevolutionärInnenpflicht haben wir ja mit dem Versuch erfüllt -
Nein, das haben wir eben nicht! Wenn wir uns als RevolutionärInnen begreifen, haben wir die Pflicht, uns darüber Gedanken zu machen und vor allem darüber miteinander zu reden, welche Bedeutung "Sieg" oder "Niederlage" in einer Frage, die wir zum Kampfterrain erklären, hat und was danach kommt.

Um auf die Breitscheidplatz-Demo zurückzukommen: ich werde da nicht hingehen, wenn nicht vorher unter uns ein Stück klarer wird, was WIR damit wollen, wie der von uns erklärte "Krieg" führbar ist und welche Rolle er in unseren Kämpfen spielt.
Ich will nicht nur meckern sondern auch versuchen, meinen Beitrag dazu zu leisten: "Krieg dem Krieg" ist ja, wie schon gesagt, keine falsche Parole, sie muß halt nur materiell werden. Das kann nur heißen, konsequent und entschlossen und vor allem deutlich erkennbar die anzugreifen, die ihren Profit daraus ziehen, daß sich Machtblöcke hin- und herverschieben und dabei als eine gigantische Vernichtungsmaschine über die betroffenen Menschen hinwegrollt. Ich schlage vor, sollte es zum Ausbruch des Krieges am Golf kommen, an einem Stichtag, vielleicht eine Woche später, eine bundesweite zentralisierte Aktion gegen eine der deutschen Waffenschmieden zu machen, eine dieser Fabriken, die Giftgas liefern, oder Heckler & Koch zum Beispiel, mit breitestmöglicher Beteiligung zu belagern und mit allen Mitteln (von der Mahnwache bis zum Anschlag) anzugreifen.
Eine ausgesprochene Waffenschmiede erscheint mir dazu besser geeignet als einer der Multis, die auch alle ihre Finger im Kriegsgeschäft haben, um in der Öffentlichkeit mehr klarzumachen als daß alles mit allem zusammenhängt, nämlich: daß Giftgas, Gewehre, Panzer und Granaten tatsächlich irgendwoher kommen, um ganz konkret zu machen, daß in der netten sauberen Fabrik um die Ecke der Krieg produziert wird!

Ich bitte darum, meinen Vorschlag zu diskutieren. Lotta







CLASH, internationale zeitung für/vom Widerstand

Anfang '89: Die Knispelkrant wird boykottiert. Die gründe sollen hier nicht noch mal dargestellt werden, sind aber in einer Broschüre, die die internationalen Infoläden zusammengestellt haben, zusammengefaßt: Die Knispelkrant war eine zeitung aus den niederlanden, die weit über diese hinaus von bedeutung war, weil sie viele wichtige Sachen, v.A. Erklärungen und Texte militanter gruppen, veröffentlicht hat. Daß, und wie sie andere sachen, vor allem den militanten widerstand in NL selbst totschwieg, welche hierarchische Struktur, elitär dogmatische Machtbesessenheit usw. dahinterstand, haben die meisten von uns, wohl auch aus bequemlichkeit, nicht sehen wollen. Erst nach gewalttätigen Angriffen auf andere gruppen in Amsterdam, wurde gemeinsam Stellung gegen die Knispelkrant bezogen. der boykott wurde diskutiert, durchgeführt, die knispel gibt es nicht mehr.
Innerhalb der internationalen Infoläden, und sicher nicht nur dort, gab es nicht nur Diskussionen darüber, was konkret abgelaufen ist, sondern auch "Selbstkritik: erst aufgrund der Szenestrukturen kann sowas wie Knispelkrant jahrelang kaufen."
oder besser," unsere Strukturen sind der Nährboden für solche Hierarchien, d.h. Kritik an hierarchischen Strukturen ist notwendig auch die kritik an eigenen Strukturen und Umgangsweisen."
Außerdem war klar, daß sich die Infoläden um die Infos, die bisher aus der Knispel gekommen waren, selbst kümmern und diese vertreiben müssen. Dies ist besonders wichtig, weil die knispel für einige guerillagruppen das einzige Sprachrohr war.
Was damals auch klar war: Keine eigene zeitung, keine neue, konsumfördernde, hierarchische Informationspolitik mehr. Wissen ist Macht, klar. der besitz von Wissen darf nicht zum Machtfaktor unter uns werden.
Stattdessen: die infos sollten besser verteilt werden, d.h. die infoläden müssen besser vernetzt, die eigenen Infos bearbeitet, verschickt, diskutiert werden.
Es wurden also von einigen Städten Städteberichte geschrieben, bzw. zusammengestellt, Papiere, zeitungsartikel, Broschüren usw. verschickt. Auf den Infoladentreffen wurde darüber diskutiert, wie wir handlungsfähiger werden, tatsächlich in die politischen Auseinandersetzungen eingreifen können.
Überhaupt: die Möglichkeit der überregionalen, in Ansätzen europaweiten vernetzung sollten bestmöglichst genutzt werden. Vor allem, weil eine derartige Struktur bei der autonomen Linken rar ist.
Diese versendung von Infopaketen war reichlich unbefriedigend. Es war fast unmöglich, Menschen außerhalb der läden damit zu erreichen, auch und vor allem, weil die Ladengruppen den Papierberg zwar in überquellenden Aktenordnern verwalteten, aber oft nicht entscheiden können, was davon tatsächlich wichtig ist. Noch weniger waren die einzelnen, meist sowieso überlasteten kollektive in der Lage, das Material auszuwerten, zu diskutieren oder gar in zusammenhang miteinander zu setzen.
Geschichte
Undogmatisch, wie wir sind, haben wir unsere alten Urteile bezüglich einer eigenen Zeitung noch mal durchdacht, und dabei festgestellt:
eine gemeinsame Zeitung der Infoläden kann etwas anderes sein, als wenn eine Gruppe eine Zeitung für alle macht.!!!
Außerdem ist klar, daß wir als InfoladenmacherInnen sowieso über ein gewisses Infomonopol verfügen. Die Zeitung könnte ein Teil der Infoladenfunktion sein und evtl. den Effekt haben, dieses Monopol aufzubrechen. Darüberhinaus könnte sie auch ein gemeinsamer Punkt für uns sein. Denn, um dieses Projekt in Angriff zu nehmen, müssen wir unsere Struktur zwangsläufig verbessern, kontinuierlich inhaltliche Diskussionen führen usw., d.h. auf einer nicht allein technischen Ebene an unseren Strukturen arbeiten.
Es wurde geredet und geschrieben und noch mehr diskutiert. Monatelang wurde überlegt, ob die zeitung das richtige Mittel ist und, ob unsere Strukturen tragfähig genug sind, oder ob wir nicht doch mehr Energie in die lokale Verankerung stecken sollten.
Nach und nach wurde vielen von uns immer klarer, daß das kein Widerspruch sein muß. Im gegenteil, daß der internationale Kontakt die notwendige Ergänzung zu lokalen und regionalen Strukturen ist, oder zumindetsens sein sollte; daß dadurch also auch die lokalen Strukturen gestärkt werden. Wir haben oft gemerkt, wieviel wir voneinander lernen können. Außerdem zeigt sich mehr und mehr, daß keine Bewegung in einem Land oder gar in einer Stadt fähig ist, den Kampf allein zu gewinnen. (z.B. Trevi)

Konzept und Zielsetzung der Clash

Die Clash erscheint bisher in deutsch und englisch. Sie soll auch in anderen Sprachen erscheinen. Dies ist aufgrund von Übersetzungsschierigkeiten noch nicht möglich. Die drei wesentlichsten Zielsetzungen der Zeitung sind:
1.Verbreitung von Informationen und Kommunikation über und zwischen europäischen Ländern.
2.Organisierung von Diskussionsprozeßen
3. Kontinuierliche Zusammenarbeit und Entwicklung der Infoläden aus mehreren Ländern zu ermöglichen und festzuhalten.
Näher ausgeführt wird dies in einigen Protokollen der Zeitungsgruppe, hier einige Zitate:
"Die Zeitung ist wichtig, weil wir damit praktisch was gemeinsames machen,gemeinsame Erfahrungen sammeln. Seit zwei Jahren reden wir nur auf den Treffen. Verbindliche Strukturen aufzubauen geht besser über praktische Arbeit. Die zeitung ist teil der Infoladenstrukturen."

"Wir wollen versuchen, militante antiimperialistische antipatriarchale Politik öffentlich zu machen. Das Ziel dabei ist, in aktuelle Kämpfe einzugreifen. Mit Informationen über Hintergründe über stattfindende Kämpfe anderswo, über theoretische Auseinandersetzungen, über Möglichkeiten, die sich auftun, etc. Das Ziel ist die Kommunikation zwischen den sozialen, revolutionären antipatriarchalen Kämpfen herzustellen und zu vertiefen. Somit einen praktischen beitrag in den stattfindenden Auseinandersetzungen zu leisten, gegenöffentlichkeit herzustellen, zu mobilisieren. Das ist die Idee, aus der wir entstanden sind und wir sind nicht mehr wegdenkbar, weil fester Bestandteil der Kämpfe, des Widerstands auf den unterschiedlichsten Ebenen. Anti-AKW, Antifa, Häuserkampf, Antiimperialismus, Internationalismus, antipatriarchale Kämpfe- die Spektren der Läden sind gleichzeitig ein Spiegel der stattfindenden Auseinandersetzungen."

"Die zeitung soll nicht eine redaktion haben, sondern von den Infoläden sein und vom Inhalt deren Spektrum umfassen. Sie soll nicht die Knispel ersetzen, sondern etwas neues setzen. Sie soll sich auf Europa und die Kämpfe dort beziehen, sowohl regional als auch überregional."

"Warum können bestehende Zeitungen nicht für diese Funktion genutzt werden?... Es gibt bis jetzt keine internationale Zeitung. Jede zeitung hat ihre Bestimmung, Inhalte und Geschichte. Wir können einer bestehenden nicht unsere Bestimmung aufdrücken."

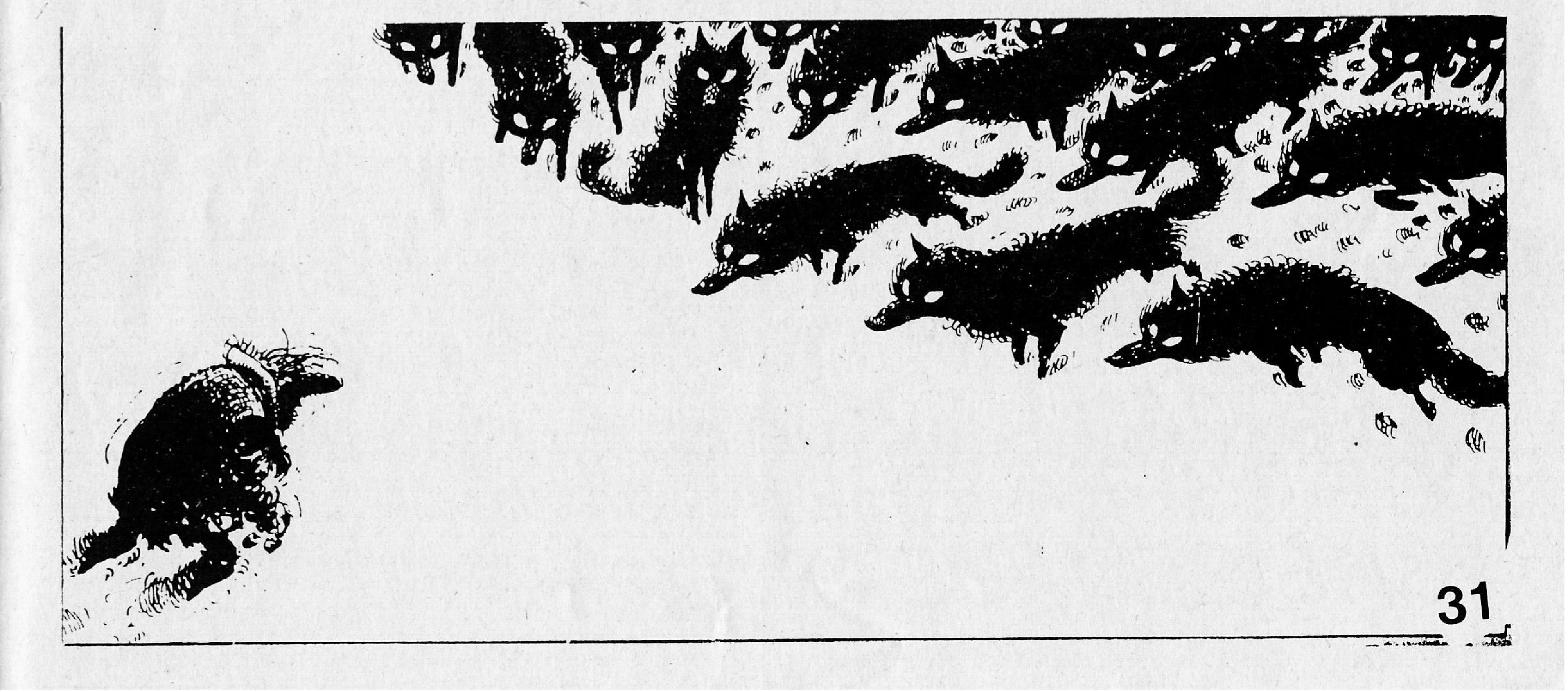
Und nun zu dem fürchterlich hohen Preis:(kleingedrucktes aus dem Editorial der Nr.1):

(Anmerkungen eines Redakteurs: Wir finden den Grundgeanken der Zeitung prima, allerdings lebt sie von ihrer Qualität. Das ist sowohl eine Aufforderung an die Infomenschen als auch an alle Normalszenemenschen, Beiträge zu schreiben. Clash kann nur so gut sein, wie die Eigenverantwortlichkeit der revolutionären Bewegung in Europa! Telefaxe zwischen den Infoläden wären für kurzfristige Mobilisierungen natürlich ebenfalls geil!)

wir druckten 2ooo exemplare; 15oo auf deutsch und 5oo auf englisch. das kostete uns (und das war die billigste möglichkeit) 65oo dm - 3,25 pro stück. die 5oo englischen nummern mussten wir in ganz europa verschicken und darüber-hinaus nach usa, kanada, brasil etc. wir müssen die clash erstmal für lau verschicken, weil niemad sie kennt und somit auch nicht bestellt, ist logisch. dafür bekamen wir kein geld -auch logisch. bleibt also 65oo :15oo-4,35 dm. nun fehlt noch der buchhandels-rabatt von 3o%. ist von 6

rabatt von 3o%. ist von 6 dm 1,8o. 4.35 plus 1.8o macht 6.15. also beschlossen wir sie für lächerliche 6 dm herzugeben. darin fehlt noch die verteilung und das porto. und, wenn ihr jetzt noch daran denkt, dass wir alle quer über europa verteilt sitzen und wir auch noch redaktionssitzungen haben werdet ihr einsehen, dass wir nicht alles aus der eigenen tasche bezahlen können. unmöglich im moment sie billiger zu verkaufen. eine chance sie billiger zu kriegen ist eine höhere auflage. und nicht nur die auflage muss verändert werden, wir müssen auch das format ändern.

dabei taucht noch ein weiteres problem auf: wir wollen die clash auf jeden fall billiger machen, aber erst in ländern von denen wir wissen, dass die menschen dort sehr wenig geld haben. west-deutschland, schweiz, dänemark, norwegen oder schweden gehören nicht zu diesen ländern. als erste etappe wollen wir sie in ländern wie england, nord-irland, spanien, italien, usw. billiger verkaufen. das beruht auf der objektiven situation und wir wissen um die schwächen dieser entscheidung. subjektiv ist es auch in den sogenannten "reichen" ländern so, dass viele kein/kaum geld haben. wir bitten deshalb die buch- und infoläden mit uns nach einer lösung zu suchen. zum beispiel: ihr gebt die clash an menschen ohne geld billiger weiter. (vielleicht ohne den buchhandelsrabatt?) oder wir richten ein konto ein für regelmässige spenden, so das wir mit dem geld auch kalkulieren können.



KIEZDISCO

eine veranstaltung der west-berliner infoläden

zur unterstützung der

CLASH

internationale zeitung für/von dem widerstand

RAT UND TAT
wedding

OMEGA
wedding

LUNTE
neukölln

O 21
kreuzberg

ex-M99
kreuzberg

PAPIERTIGER
kreuzberg

A-LADEN
moabit

mit unter-stützung von

UMWELT BIBLIOTHEK
prenzlberg

MAINZER 5
friedrichshain



ZEIT:24.11. 22 UHR
ORT:SFE-MEHRINGHOF, GNEISENAUSTR.2a



Eine subjektive Auswahl von Berichten aus einer linken baskischen Tageszeitung - herausgepickt und übersetzt vom ÜbersetzerInnenkollektiv Nürnberg.

In einer kleinen Serie interviewte die Egin in Jordanien Vertreter von PLO, DFLP und PFLP zur Situation in Palästina und am Golf.

Tajeb Abdel Rahim, Botschafter der PLO in Jordanien: "Die nordamerikanische Militärpräsenz verhindert eine friedliche Lösung des Golfkonflikts."

Egin: Zweieinhalb Monate dauert jetzt der Konflikt am Persischen Golf und eine baldige Lösung ist nicht in Sicht. Nach Meinung der PLO: Bleibt noch Hoffnung?
Tajeb Abdel Rahim: Die PLO verteidigt weiterhin eine Lösung, die arabisch ist und friedlich. Das Problem hätte ohne die ausländische Intervention schon gelöst werden können. Es gab schon früher solche Fälle wie zwischen Libyen und Ägypten, Algerien und Marokko, Qatar und Bahrein oder Nord- und Südjemen, aber alle wurden im arabischen Rahmen gelöst. Auch zwischen Irak und Kuweit gab es 1972 Probleme und sie wurden in diesem Rahmen geregelt. Jetzt sehen wir, wie die USA versucht haben, das Golfproblem zu verschärfen. Auf dem letzten arabischen Gipfel in Kairo gab es den Versuch, eine friedliche und diplomatische Lösung zu erreichen, aber es waren die USA, die diesen Weg blokkierten. Die USA haben sich entschieden, am 7.August in Kuweit einzumarschieren. Wenn jetzt die Frage ist, ob wir einen irakischen oder einen US-amerikanischen Einmarsch in Kuweit vorziehen, sind wir klar für einen irakischen. Dieses Land hat gesetzmäßige Interessen in Kuweit, im Gebiet von Rumalia, und es gibt von beiden beanspruchte und umstrittene Gebiete. Die Mehrheit der arabischen Länder standen auf der Seite Iraks gegen Kuweit; auch die kuweitischen Scheichs waren sich dieser Interessen bewußt und der Haltung Iraks gegenüber Kuweits.
E.: Soll das heißen, daß die US-Intervention eine diplomatische und friedliche Lösung verhindert hat?
T.A.R.: Unserer Meinung nach verhindert sie eine arabische Lösung und könnte auch dazu führen, daß die Situation explodiert. Die ausländische Militärpräsenz bedroht den Frieden in Arabien und auf der ganzen Welt. Deshalb verhindert die nordamerikanische Militärpräsenz eine friedliche Lösung.
E.: Meinen Sie dann, daß der Krieg bald kommt und nicht zu vermeiden ist?
T.A.R.: Die USA stellen nur eine Lösung zur Debatte, die den Konflikt zur Explosion bringt und eine arabische Lösung verhindert Gegenüber der Friedensinitiative des Präsidenten Sadam Hussein stellen sie sich absolut taub.
E.: Die Golfkrise hat der palästinensischen Sache nicht direkt genützt...
T.A.R.: Wir sind Teil der arabischen Welt. Es gibt Leute, die sagen, die Golfkrise habe der palästinensischen Sache geschadet, aber das glauben wir nicht. Wenn wir betrachten, welche neuen Schritte wir nach vorn getan haben, und daß das Volk in den von Israel besetzten Gebieten seinen Kampf wegen des Konflikts verstärkt hat, beweist sich unser Standpunkt. Das ist auch in der täglichen Berichterstattung zu beobachten Die Initiative Saddam Husseins hat den Mut der palästinensischen Bevölkerung wiederbelebt.
E.: Gibt es die Möglichkeit einer Lösung der Golfkrise ohne, daß das Palästinaproblem ins Auge gefaßt wird?
T.A.R.: Im Moment ist überhaupt keine Lösung in Sicht, aber das hängt vom Grad der Verbindung der beiden Fragen ab. Was heißt es, das Palästinaproblem mit der Golfkrise zu vereinen? Das heißt, daß die fünf Mächte mit Veto im UN-Sicherheitsrat auch an eine Lösung der Palästinafrage denken sollten, weil es, wenn die Golfkrise geregelt wird, auch eine Lösung der anderen Frage geben könnte. Wenn die Golfkrise nicht gelöst wird, gehen die Konflikte im Mittleren Osten weiter. Deshalb hat die palästinensische Führung vorgeschlagen, beide Konflikte zu verbinden.
E.: Die Krise hat auch wieder die Spaltung der arabischen Welt aufgezeigt. Was halten Sie z.B. von der Haltung von Ländern wie Syrien und Ägypten?

T.A.R.: Es waren die Amerikaner, die die arabische Welt gespalten haben. Die USA sind in der arabischen Welt immer sehr hochnäsig vorgegangen. Sie haben sie in zwei Teile geteilt: In den einen, der arabische Lösungen bevorzugt, und in den anderen. In diesem konkreten Fall befürworten immer mehr Länder eine arabische Lösung, während die, die dagegen sind, sich immer mehr isoliert sehen.
E.: War die PLO von der Haltung der UdSSR in der Golfkrise überrascht?
T.A.R.: Die UdSSR hatte sich gegenüber einer arabischen Lösung pessimistisch gezeigt, aber nach dem Interview Eugeni Primikows in Bagdad, scheint sie ein bißchen optimistischer geworden zu sein.
E.: Einige Gruppen, die Teil der PLO sind, haben versichert, daß wenn der Krieg beginnt, die Schlacht an allen Fronten geführt wird, einschließlich direkter Aktionen fern der arabischen Fronten. Auch Abu IYad, die Nummer Zwei in der PLO, hat das in einigen Erklärungen gesagt. Unterstützt die PLO diese Ankündigung?
T.A.R.: Diese Frage wurde nicht durch die PLO aufgeworfen.
E.: Aber unterstützen Sie diese Worte?
T.A.R.: Es könnte sein, daß das irgendeine Gruppe gesagt hat, aber nicht offiziell die PLO. Wenn die USA einen Krieg gegen den Irak anfangen, werden wir auf der Seite des Irak stehen.
E.: Was bedeutet das Al-Aqsha-Massaker in der aktuellen politischen Situation?



«El pueblo palestino ha demostrado que cuanto más aumenta la represión israelí, más crece en su batalla contra los ocupantes».



T.A.R.: Die Bereitschaft Israels, Massaker zu begehen, überrascht uns nicht. Das Al-Aqsha-Massaker verdeutlicht mehrere Bedingungen: Erstens die militärische Besetzung Palästinas durch Israel. Israel schwankte zwischen der Politik von Zuckerbrot und Peitsche und der Politik der eisernen Faust, aber diese Vorkommnisse haben gezeigt, daß sie gezwungen waren zu einer reinen Politik der eisernen Faust, um zu versuchen, die Erhebungen der Palästinenser in den besetzten Gebieten niederzuschlagen. Das Massaker hat auch gezeigt, daß die Nordamerikaner mit zweierlei Maß messen. In einer Woche drückten sie in der UNO sieben Entschließungen gegen den Irak durch, und dann wollten sie keine Resolution über die Palästinafrage annehmen. Das beweist, daß die USA keine Lösung des Palästinaproblems wollen.

E.: Was halten Sie von der Verurteilung des Massakers bei der Al-Aqsha-Moschee durch den UN-Sicherheitsrat und von der Entschließung, eine Untersuchungskommission unter der Leitung von Pérez de Cuéllar zu schicken?

T.A.R.: Das ist ungenügend. Wir erwarten, daß der Besatzer die Bevölkerung schützt. In diesem Fall ist es genau umgekehrt. Der Bock wird zum Gärtner gemacht. Israel hat die Untersuchungskommission zurückgewiesen. Warum verlangt die USA kein Embargo gegen Israel wie gegen den Irak?

E.: Haben diese Vorkommnisse die Intifada erneut angeheizt?

T.A.R.: Sicher. Das palästinensische Volk hat gezeigt, daß, je härter die israelische Repression ist, desto stärker wird sein Kampf gegen die Besatzer.

E.: Die Vorkommnisse im Zusammenhang mit der Golfkrise haben den moderaten Kurs der PLO in bestimmter Hinsicht in Frage gestellt. Bewirkt die neue Situation auch eine Radikalisierung Ihrer Einstellung?

T.A.R.: Wir befürworten weiterhin eine friedliche Lösung des Palästinaproblems und der Konflikte in der Region. Wir haben diesbezüglich viel Flexibilität bewiesen, um eine friedliche und gerechte Lösung zu erreichen, aber die USA und Israel sind gegen das legitime Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung. Das zeigt, daß wir den Widerstand intensivieren müssen und die Intifada gegen die Unnachgiegigkeit Israels, um eine politische Übereinkunft zu erreichen, die die Rechte des palästinensischen Volkes anerkennt.

E.: Halten Sie die Wiederaufnahme der Gespräche mit den USA für möglich?

T.A.R.: Die USA waren immer für Israel. Wenn uns die USA zu einer neuen Version der Camp-David-Verträge bringen wollen, lehnen wir das strikt ab.

E.: Trotzdem hat Nayef Hawatme, der Chef der DFLP, die PLO-Führung beschuldigt, ein ähnliches Abkommen wie das von Camp David, anzustreben...

T.A.R.: Hawatme ist in der PLO und durfte so etwas nicht erklären...

E.: Er hat es letzten Donnerstag in Algerien erklärt.

T.A.R.: Das kann nur eine Erfindung der Presse sein. Hawatme ist auf PLO-Linie.

Als nächstes bringen wir die Übersetzungen zweier Interviews mit Vertretern von Demokratischer Front und Volksfront zur Befreiung Palästinas (DFLP und PFLP)



BETRIFFT RÄUMUNG DER MAINZER STR.

Der Ermittlungsausschuß braucht dringend Gedächtnisprotokolle von der Räumung - speziell zu folgenden Situationen:

- Aus welchen Häusern wurden die Festgenommenen geräumt?
- Schilderung von Übergriffen der Bullen bei Festnahmen in den Häusern und auf der Straße
- Verletzungen: wie, wann und wo? (kümmert euch um Atteste!)
- Zu allen Situationen brauchen wir möglichst die Bullenkennzeichnungen

Außerdem sollen sich alle, die in diesem Zusammenhang Vorladungen von Bullen oder Staatsschutz bekommen, sofort bei uns melden!

Zur Erinnerung: Wir brauchen Zeugenaussagen und Gedächtnisprotokolle nicht nur für Dokumentationszwecke, sondern zur Prozessvorbereitung. Deshalb müssen sie möglichst klar und genau sein!

ERMITTLUNGSAUSSCHUSS IM MEHRINGHOF
Gneisenaustr. 2a, 1/61
Tel. 692 22 22
jeden Dienstag, 20-22 Uhr

Ein erstes Verletztentreffen findet am Sa, 24.11., 18 Uhr, im Heilehaus Waldemarstr. 36, 1/36, Seitenflügel statt.

P.S. Wir waren etwas gestreßt die Tage, daher waren wir manchmal vielleicht etwas pampig - sorry Leute !!



Momper und Pätzold im Grunewald

Zu spät eingereichte Termine (auch noch ohne Schoki)
Do 29.11. 17.00 Uhr: Neuköllner Häuserdemo, Karl-Marx-Platz (siehe Heft)
Do 29.11. 19.00 Uhr: Info-Veranstaltung wg. Urteil zum kommunalen AusländerInnen-wahlrecht, Halk-Evi, Kottidamm 74
Sa 1.12 13.00 Uhr: Demo gegen die rassistische Wahlkampagne, Kinderbauern-hof Adalbertstr. (siehe Heft)
So 2.12. 19.00 Uhr: Kiezküche gegen die Qual der Wahl, Rat und Tat, Liebenwalderstr.

Wir möchten Euch darauf hinweisen, daß die *Umweltbibliothek* und der *"telegraph"* eine neue Adresse haben.
Ab jetzt sind wir zu erreichen unter:

Schliemannstraße 22
1058 Berlin O

Mit besten Grüßen
Eure UB/ Redaktion "telegraph"

TRETMINEN FÜR INNENSENATOREN!

TERMINE FÜR DIE SZENE:

Do.,22.11.:
-Antimilitarismusplenum FU für eine starke Totalverweigererbewegung, Treffen jeden Donnerstag 15 Uhr Asta-Haus, Kiebitzweg, U-Bhf. Dahlem-Dorf
-Frauen/Lesben-VV zum 25.11. (Frauenwiderstandstag), Versammlungsraum Mehringhof, 20 Uhr

Fr.,23.11.:
-Kiezpalaver im Wedding, 19 Uhr Kaffee Oromo, Prinzenallee, U-Bhf. Pankstr., Thema: Keine neue Autobahn durch den Wedding!

Sa.,24.11.:
-Hexentanz bei Rat und Tat, Liebenwalderstr.16, 1/65, U-Bhf. Nauener Platz, ab 20 Uhr, Hexen only!
"Reclaim the night and win the day", mit viel power in den 25.11.
-Hamburg, Rote Flora, 15 Uhr Vorbereitungstreffen für Auswärtige zur antinationalen Demo in Hamburg am 2.12.(steckt da die rrradikale Linke dahinter, d.S.?)

So.,25.11.:
-11 Uhr, Treffen für alle menschen mit Interesse an einer anarchistischen Vernetzung, im El Locco, Kreuzbergstr.43
-14 Uhr Frauen/Lesben-Demo im Rahmen des internationalen Frauenwiderstandstages, 14 Uhr Rathaus Neukölln
-abends Frauen/Lesbenfest bei Lärm und Lust, Oranienstr, 189, HH,II.Stock, 20 Uhr Video, danach kurdisch-deutsche Musik und Party
- Film-Club im EX,2o Uhr, "rote Zone, die ArbeiterInnenregion von Manchester bis Mailand"

Mo.,26.11.:
-Film-Club im Syndikat: "Neun Tage hinter Barrikaden", Häuserkampf in Kopenhagen, dazu aktuell, "der Kampf um die Mainzer Straße"
-VV der Anti-AKW-Bewegten, 20 Uhr, Ökodorf, Kurfürstenstr.14

Mi., 28.11.:
-19 Uhr, Prowo-LeserInnentreff in den Redaktionsräumen in der Eisenbahnstraße 4, HH,III.Stock

-19 Uhr 30: Nordirlandveranstaltung mit Dietrich Schulze-Marmeling u.A., Dia-show und Life-Musik von Easter Island (Folk) im SO 36, Oranienstr.196
Do., 29.11.
-Prozess wegen Verdachts auf Widerstand gegen die Staatsgewalt anläßlich einer versuchten besetzung der Friedrichstr.237 am 19.10.89, Ort, Amtsgericht Moabeach, R 455, 11 Uhr

-Antifas, Achtung:1. Dezember in Guben, Faschoveranstaltung, es soll M. Kühnen auftreten

So.,2.12.: Info-Veranstaltung für eine starke Totalverweigerungsbewegung im Audimax der TU, nachmittags, abends Konzert für eben diesen Zweck in der alten TU-Mensa
leider ohne Terminangabe:

-Frauen im Widerstand, sozialdemokratische, kommunistische, jüdische und christliche AntifaschistInnen berichten über ihre Erfahrungen im Kampf gegen das NS-Regime, mit Hildeburg Späth, Rosel Bobo, Friedel Franczik, Inge Kanitz, gertrud keen und Gertrud Skubich
19 Uhr, Tag ???, Galerie Olga benario Boddinstr.61, Tel. 6866006

PROJEKT GEDÄCHTNIS

ANMERKUNGEN

Andersontown: Stadtteil im Westen Belfasts, Kurzform: Andytown oder A-Town

Auxies, Black and Tans: In England rekrutierte quasi-söldnerische Spezialeinheiten zur Verstärkung der irischen Polizei während des irischen Unabhängigkeitskrieges.

Bogside: kath. Wohnviertel in Derry; von Sommer 1969 bis Juli 1972 mit dem Wohndistrikt Creggan befreites Gebiet ("Free Derry"), nachdem die Bewohner die RUC aus ihren Vierteln vertrieben hatten.

Bushmills: der beste irische Whiskey

Collins, Michael: Führendes Mitglied der Irish Republican Brotherhood; von 1919-22 "Director of Intelligence" der IRA; handelte den Vertrag mit England aus, der zur Teilung des Landes führte; nach 1922 Regierungschef der provisorischen Regierung des irischen Freistaates. Michael Collins fiel im August 1922 während des Bürgerkrieges einem Attentat seiner republikanischen Kontrahenten zum Opfer.

Gelly: Plastiksprengstoff

Langan: 1. Fluß durch Belfast; 2. engl. Ausdruck für freiwillig über Bord geworfenes und versenktes Gut, das mit einer Boje versehen wird, um es später wiederzufinden und bergen zu können; 3. franz. Strandgut

Lord Mountbatten: I don't like Mondays/Mundies: Lord Mountbatten flog an einem Montag im August 1979 in die Luft, zur gleichen Zeit hatten die Boomtown Rats mit "I don't like Mondays" einen Riesenhit. Mundies s.u. - Wer mag schon Montag?

Mundies: schlechter südafrikanischer Rotwein

O/C: Kürzel für "Officer in Command"; militärischer Rang in der IRA

Ostern 1916/ O'Connell Street: Datum des irischen Osteraufstandes. Padraig Pearse proklamiert am Ostersonntag 1916 auf den Stufen des Hauptpostamtes in der O'Connell Street in Dublin die Irische Republik.

Paddies: Slang für: Iren

Porter: engl., tief dunkelbraunes, alkoholreiches obergäriges Bier (12 - 16% Extraktgehalt)

Queen Elizabrit: Schwiegermutter von Lady Di

RUC: Abkürzung von Royal Ulster Constabulary; die nordirische Polizei

Stout: obergäriges dunkles Bier (bis zu 25% Extrakt und über 6,5% Alkohol); Bezeichnung auch für Guiness

"Die Unbesiegbaren": Anarchistisch-republikanische Gruppe, die in Irland in den 80er Jahren des 19. Jhdts. operierte; spektakulärstes Attentat war das auf Lord Cavendish und Thomas Burke, beide höchste englische Regierungsbeamte. Nach diesem Anschlag im Dubliner Phoenix Park wurden die Konspirateure durch Verrat aufgerieben.

Aus: Sean McGuffin / Bomben, Bullen, Bars / Nautilus Verlag

Buchhandlung **O * 21** gibt bekannt: Veranstaltung mit **Dietrich Schulze-Marmeling** zu

NORDIRLAND im

SO 36, Oranienstraße 190, Berlin Kreuzberg

Mittwoch, den 28.11.1990, um 19.30 Uhr

Dias, Getränke, Diskussion.

Ab 22.00 Uhr: **Easter Island** live mit Tanz- und Widerstandsliedern

Veranstalter: Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz